

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Vollabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Annoncenzeile aber Herrn Baum 40 Pf., für politische und gemeinnützliche Anzeigen und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf., kleine Anzeigen, das heißt einzelne Wort 20 Pf., (täglich 2 Zeilenbreite Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Vorwärts“, Sozialdemokrat Berlin.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 10. August 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Erfolgreiche Verfolgungstämpfe an der Ost- und Südostfront.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 9. August 1915. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Mit Tagesanbruch entwickelte sich ein Gefecht bei Soege östlich von Ypern.

In den Argonnen scheiterten französische Vorstöße.

Western wurde bei Dammerkirch und am Schwarzen See, heute früh bei Ypern, Gondrexange und bei Harbouch je ein französisches Flugzeug durch unsere Kampfflugzeuge abgeschossen. Die letzten beiden Flugzeuge gehörten einem Geschwader an, das vorher auf die offene, außerhalb des Operationsgebietes liegende Stadt Saarbrücken Bomben geworfen, natürlich keinerlei militärischen Schaden angerichtet, wohl aber 9 friedliche Bürger getötet, 26 schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt hatte.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Angriffstruppen von Rowno haben sich näher an die Festung herangeschoben. Es wurden 430 Russen (darunter 3 Offiziere) gefangen genommen und 8 Maschinengewehre erbeutet.

Auch gegen die Nord- und Westfront von Lomza machten wir unter heftigen Kämpfen Fortschritte. 3 Offiziere, 1400 Mann wurden zu Gefangenen gemacht, 7 Maschinengewehre und 1 Panzerauto eingebracht.

Südlich von Lomza wurde die Straße nach Ostrow erreicht und die Straße Ostrow—Wyszkiw überschritten. Die an einigen Stellen noch stehenden Russen wurden geworfen.

Rowo-Georgiewsk wurde auch im Osten zwischen Rarow und Weichsel abgeschlossen.

Gegenüber von Warschau wurde Praga besetzt, unsere Truppen dringen weiter nach Osten vor. In Warschau wurden einige tausend Gefangene gemacht.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Armee des Generalobersten v. Borsch überschritt in der Verfolgung die Straße Garwolin—Ryki (nordöstlich von Zwangorod).

Der linke Flügel der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen drängte die Russen über den Wieprz zurück. Mitte und rechter Flügel nähern sich der Linie Ostrow—Hansl—Uhrusk (am Bug). Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 9. August. (W. Z. V.) Amlich wird veröffentlicht: 9. August 1915, mittags.

Russischer Kriegsschauplatz.

Der von der Weichselfront zurückgewundene Feind wird verfolgt. Oesterreichisch-ungarische und deutsche Streitkräfte haben schon gestern zwischen der Eisenbahn Zwangorod—Lufow und dem Orte Garmalin die große Straße Warschau—Lublin in östlicher Richtung überschritten. Das linke Wieprz- und das rechte Weichselufer bei Zwangorod sind vom Gegner gesäubert. Unsere Truppen überfekten den Wieprz gegen Nordosten und Norden. Die Gefechtsfelder von Lubartow und Michow wiesen alle Spuren einer eiligen Flucht des Feindes auf. Die Zahl der von der Armee des Erzherzogs Josef Ferdinand gemachten Gefangenen erhöhte sich auf 8000. Zwischen Wieprz und Bug wird weiter gekämpft. Am Dniepr aufwärts Ucieczka warfen unsere Truppen die Russen an mehreren Punkten, wobei über 1600 Mann gefangen und fünf Maschinengewehre erbeutet worden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Westen fand der Südtail des Plateaus von Dobers stellenweise unter heftigem Geschützfeuer. Unsere Artillerie antwortete mit Erfolg. Auch in der Gegend von Pava herrschte erhöhte Artillerietätigkeit. Ein Versuch schwächerer feindlicher Infanterie, in unsere Stellungen bei Sagora einzubringen, mißlang. An der Kärntener Grenze griffen kleinere feindliche Abteilungen an mehreren Punkten erfolglos an. Vor unseren Stellungen auf dem Hladnerjoch ließ der Feind über 100 tote zurück. Im Tiroler Grenzgebiet wies eine unserer Patrouillen auf der Cresta Bianca (Cristalgebiet) eine feindliche Halbkompanie ab und brachte ihr hierbei erhebliche Verluste bei, ohne selbst auch nur einen Mann zu verlieren. Westlich Daone, am Lavanoch, fand in der Nacht zum 8. August ein lebhaftes Feuergefecht statt, an dem jedoch unsererseits keine Truppen beteiligt waren.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 9. August. (W. Z. V.) Der Generalstab des Generalissimus teilt mit: In der Richtung Riga vertrieben wir den Feind aus der Gegend zwischen der Dina und dem Unterlauf der Eka. Auf dem Weg östlich von Boniwiez dauern die Kämpfe wie zuvor ohne wesentliche Veränderung an. Die am 6. August abgeschlagenen Angriffe des Feindes gegen Rowno und Ossowiec sind am folgenden Tage nicht erneuert worden. Aus der Rarowlinie richtet der Feind andauernd heftige Angriffe auf die ganze Front, wobei die Hauptmasse des Feindes gegen den Abschnitt Lwenja (?)—Ostrow gerichtet ist. Auf dem rechten Ufer der mittleren Weichsel verlief der 7. August ohne erhebliche Kämpfe. Links der Wieprz hartnäckige Nachhutkämpfe. Bei den Gegenangriffen machten wir einige hundert Gefangene. Zwischen Wieprz und Bug keine wesentliche Veränderung. Links des Bug zwischen den Flüssen Lurja und Lug drücken wir mit Erfolg auf die breite Front der feindlichen Vorhuten. Am oberen Bug, an Stota-Bipa und Dnjestr stellenweise ausgehendes Artilleriefeuer.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 9. August. (W. Z. V.) Amlicher Bericht von gestern nachmittag. Im Artois Handgranatenkämpfe um Souchez. In den Argonnen gelang es den Deutschen, am Abend des 7. August in eine unserer vorliegenden Feldschanzen im Westteil des Waldes nördlich Fontaine Goubette einzudringen. Sie wurden durch einen Gegenangriff verjagt und konnten sich nur im Hockposten vor unserer ersten Linie behaupten. In der Nacht griff der Feind unsere Stellungen im Abschnitt La Hille Morie an. Er faßte in einem unserer Schützengräben Fuß, wurde aber sofort daraus

vertrieben, außer auf einer Front von 30 Metern. In den Vogesen hatte ein von den Deutschen am Ende des gestrigen Nachmittags unternommener Angriff den Charakter äußerster Festigkeit. Er war gegen unsere Stellungen am Lingekopf und Schrammännle und am Joche, das diese beiden Höhen trennt, gerichtet. Die Angreifer wurden völlig zurückgeworfen. Sie erlitten schwere Verluste. Vor der Front einer einzigen Kompanie blieben über hundert Deutsche tot in den Drahthindernissen.

Paris, 9. August. (W. Z. V.) Amlicher Bericht von gestern nacht. Auf dem Westteil der Front einige Artillerieaktionen in Belgien im Abschnitt Steenstraete—Het Sas, im Artois auf der Front von Santerre und im Wisnetal, wo Soissons bombardiert wurde. In den Argonnen meldet man nur Kämpfe mit Bomben und Handgranaten von Schützengräben zu Schützengräben. In Doebre scharfe Artillerietätigkeit besonders im Gebiete von Hirsch und im Gebiete des Brichsternwaldes. In den Vogesen griffen die Deutschen abends wieder unsere Stellungen am Lingekopf an. Sie wurden vollständig zurückgeworfen. Der Hilsenfirst wurde vom Feinde stark bombardiert.

Ein englischer Hilfskreuzer torpediert.

Kopenhagen, 9. August. (W. Z. V.) Das Rigaer Bureau meldet aus Kopenhagen: Hier eingetroffenen Nachrichten zufolge wurde gestern abend der englische Hilfskreuzer „India“, 7900 Tonnen, nördlich von Bodoe beim Einlaufen in den Bestfjord torpediert. Der schwedische Dampfer „Gösta“ ging mit 80 Mann der Besatzung nach Narvik ab. Etwa 72 Mann wurden auf Helsingaerl gefolgt. Die Militärbehörden haben die nötigen Maßnahmen getroffen.

Ein Jahr Kriegswirtschaft.

Kriege werden heute nicht nur mit Heeresmassen und Waffen, sondern nicht minder mit Geld und wirtschaftlichen Machtmitteln ausgefochten. So wichtig auch die militärische Ausrüstung, die Leistungsfähigkeit der Truppen und das Maß der Kriegskunst auf beiden Seiten sein mögen, hängt doch nicht von ihnen allein Verlauf und Endergebnis des Krieges ab; die wirtschaftliche Struktur und Kraft der miteinander ringenden Völker, ihr Reichtum wie ihr Können und ihre wirtschaftliche Anpassungsfähigkeit bestimmen in gleichem, wenn nicht noch in höherem Maße die schließliche Kampfergebnisse. Jeder Krieg zwischen modernen Kulturstaaten ist deshalb nach dem erreichten Stande der kapitalistischen Entwicklung zugleich notwendig ein Wirtschaftskrieg, ein Kampf der Wirtschaftskräfte gegeneinander. Das gilt ganz besonders vom jetzigen Völkerkrieg, in dem Deutschland mit dem verbündeten Oesterreich-Ungarn im Osten dem größten Agrarstaat der Welt, im Westen den entwickeltesten Industrie- und Handelsstaaten gegenübersteht.

Als der Krieg begann, konnten deshalb den, der unvor- eingekommen die beiderseitigen wirtschaftlichen Kräfte in Vergleich stellte und abmaß, bange Zweifel beschleichen, wie sich der beginnende Riesenkampf trotz der militärischen Rüstungsfertigkeit Deutschlands gestalten werde. Wird Deutschland, wird vor allem Oesterreich-Ungarn die finanziellen Mittel zur Kriegführung, die damals noch pro Tag beidesiden auf nur 30—35 Millionen Mark für Deutschland, 20—25 Millionen Kronen für Oesterreich veranschlagt wurden, aufzubringen vermögen — und wie lange? Wird Deutschland, wenn England es durch seine übermächtige Flotte vom Weltverkehr abschneidet, sich die zur Fortsetzung seiner industriellen Tätigkeit nötigen Roh- und Hilfsstoffe verschaffen können? Wird es, abgesehen von der fremden Zufuhr, selbst aus eigenem alle jene vielfachen Materialien herstellen können, die der moderne Krieg erfordert? Und wenn das gelingen sollte, wird nicht die Abschneidung der Roh- und Nahrungsmittelzufuhr, zumal der Kampf gegen Rußland auch die deutsche Ostgrenze der früheren Lebensmittelfuhr verschließt, bald Mangel und Hungersnot in den deutschen Landen, und zwar zunächst gerade in den Industriegegenden hervorrufen? Hatte doch in den vergangenen letzten Jahren Deutschland durchweg ein Sechstel seines ganzen Nahrungsmittelbedarfs aus dem Auslande bezogen: Getreide, Vieh, Butter, Eier, Obst, Südfrüchte, Gemüse, Kolonialwaren usw.

So stellte der Kriegsausbruch ganz neue Probleme. Würden sie gelöst werden? Das vor wenigen Tagen abgelaufene erste Kriegswirtschaftsjahr hat darauf die Antwort gegeben, und selbst, wer der Wirtschaftsgestaltung dieses Jahres kritisch gegenübersteht und die Mängel sieht, muß zugestehen, daß sich trotz der von England über das Deutsche Reich verhängten Kontinentalperre das Wirtschaftsleben viel besser gestaltet hat, als selbst die größten Optimisten anzunehmen wagten — vornehmlich dank der deutschen Technik und der Anpassungsfähigkeit der deutschen Betriebsleiter wie der Arbeiter an völlig veränderte Produktions- und Arbeitsbedingungen. Wie manche neue Erfindung — wie beispielsweise die Gewinnung von Salpeter aus dem Stickstoff der Luft — oder Erhebung von bisher als unentbehrlich geltenden Rohstoffen durch Surrogate, hat nicht gerade der eiserne Zwang dieses Kriegsjahres hervorgerufen! Freilich war zur Verwendung solcher Ersatzmaterialien und Aufrechterhaltung des Produktionsprozesses vielfach ein williges Umlernen und ein Umgestalten bisheriger Verfahrenswesen nötig; aber diese sogenannte „Umgestaltung“ der Industrie ist, wenn auch häufig nicht ohne starken Verzicht der angewandten Maschinerien, in hohem Grade gelungen. Heute sehen wir, daß Nähmaschinenfabriken Schrapnells, Mavierfabriken Patronenhüllen, Seidenfabriken Verbandstoffe, Sausfabriken Weltbahnstoffe, Fahrradfabriken Feldbettstellen fabrizieren usw.

In den ersten Wochen nach dem Kriegsausbruch sah es allerdings schlimm aus: die Herausziehung von Millionen fröhlicher Männer aus ihren Arbeitsstätten, die Sperrung der Eisenbahnen für den privaten Frachtverkehr, der Stillstand der Schifffahrt, der plötzliche Abbruch so mancher Handelsverbindungen mit dem Auslande, dazu die Unsicherheit der nächsten Zukunft führte in vielen Industriezweigen eine völlige Geschäftstodung herbei. Und in ihrem Gefolge tauchte das Geipent zunehmender Arbeitslosigkeit auf. Aber noch und nach allteten sich die Wogen. Die Betriebe richteten sich auf die veränderten Verhältnisse, so gut es gehen wollte, ein; die Eisenbahnen stellten sich wieder in den Dienst des Warentransports, der Geschäftsverkehr erholte sich. Am besten kommt diese Wundlung in der Arbeitslosenziffer zum Ausdruck. Unmittelbar nach Kriegsbeginn betrug bei den deutschen Fachverbänden die Arbeitslosigkeit fast 22 1/2 Proz., un-

bestätigt 2 1/2 Monat später, im Oktober, 10,9 Proz., im Mai dieses Jahres aber nur noch 2,9 Proz., und im Juni stellte sich der Prozentfuß auf 2,6 Prozent, also ungefähr so hoch wie im Juni des vorigen Jahres (2,5 Proz.).

Wie dieser Umkehrung sich im einzelnen vollzogen hat, veranschaulicht am deutlichsten die Kohlen- und Eisenindustrie, die wichtigste der deutschen Industrien, deren Lage bis zu gewissem Grade als Maßstab der allgemeinen wirtschaftlichen Konjunktur gelten kann. Die Kohlenindustrie, die vor dem Krieg über 600 000 Arbeiter beschäftigte, erlitt zunächst durch den Krieg eine schwere Erschütterung. Im Juli 1914 hatte die arbeitstäglige Förderung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenindustrials noch 327 974 Tonnen betragen, im August sank sie auf 170 816, krieg dann aber im September wieder auf 211 995 und im Oktober auf 223 760 Tonnen, so daß sich die Gesamtförderung im Oktober schon auf mehr als zwei Drittel (genauer 69 Proz.) der Ausbeute des vorjährigen Oktobermonats stellte. Seitdem hat die Förderung der Syndikatsgruben sich trotz der weiteren Einberufung von Bergmannschaften zu den Fahren demmaßen gehoben, daß sie in den letzten Monaten nur noch um 25 bis 27 Proz. hinter der des Vorjahres zurückgeblieben ist.

Noch schlechter gestaltete sich zunächst die Lage der Eisenindustrie, die allein im Ruhrrevier vor dem Krieg ungefähr eine halbe Million Arbeiter beschäftigte. Der Juli hatte noch einen Produktionsertrag von 1,56 Millionen Tonnen Roheisen geliefert, im August fiel der Ertrag auf 587 000 Tonnen, und auch der September erbrachte nur 580 000 Tonnen. Von da ab hat sich aber die monatliche Produktion der deutschen Hochofen wesentlich gehoben. Im Juni d. J. erreichte sie bereits 993 000 Tonnen, freilich immer nur erst 65 Prozent der Erzeugungsziffer des Juniemonats im vorigen Jahre.

Wiel ungünstiger gestalteten sich nach Kriegsbeginn die Aussichten für die einzelnen Zweige der deutschen Textilindustrie, die im ganzen ungefähr 950 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigte; denn die Gespinnst-Rohstoffe sind größtenteils nicht einheimisches Erzeugnis, sondern müssen aus dem Auslande herbeigekauft werden. So hat beispielsweise Deutschland im Jahre 1913 nicht weniger als für 412 Millionen Mark Schafwolle, für 551 Millionen Mark Baumwolle, für 94 Millionen Mark Jute und Juteberg und für 59 Millionen Mark Flachs aus dem Auslande bezogen. Deshalb schien im August vorigen Jahres die Textilindustrie von einer gewaltigen Krise bedroht. Ein großer Teil der Fabrikanlagen stellte denn auch den Betrieb ein und Beurlaubende von Arbeitern haben sich auf das Pflaster gesetzt. Schon im September liefen jedoch zahlreiche Bestellungen der Heeresverwaltung ein, die sich in den nächsten Monaten noch vermehren. Die Betriebe nahmen die Arbeit wieder auf, und bald wurde aus einer Reihe Ortschaften gemeldet, zur Bewältigung der großen militärischen Aufträge werde Tag und Nacht gearbeitet. Allerdings haben sich manche Branchen genötigt, um Anteil an diesen Bestellungen zu erlangen, ihre Fabrikationsmethoden wesentlich zu ändern; aber nach verschiedenen Versuchen ergab sich gewöhnlich: es geht.

Gefördert wurde diese Erholung dadurch, daß sich alsbald herausstellte, die Rohstoffvorräte seien beträchtlich größer, als man angenommen hatte. Allein in Bremen lagerten über 300 000 Ballen amerikanischer und fast 9000 Ballen ägyptischer und ostindischer Baumwolle. Im ganzen ergab sich ein Vorrat von ungefähr 700 000 Ballen, mehr als ein Drittel des normalen Jahresbedarfs. Auch die Wollvorräte erwiesen sich als recht beträchtlich. Zudem gelang es, große Mengen von Rohstoffen aus dem Auslande hereinzuheben, teils aus neutralen Ländern, teils aus dem eroberten Belgien und Nordfrankreich. Nur mit der Zufuhr von Flachs, Hanf, Jute haperte es mehrfach und haben sich daher die diese Rohmaterialien verarbeitenden Industriezweige zu zeitweiliger Stilllegung ihrer Betriebe und zur Verwendung von Surrogatstoffen gezwungen. Am schwersten hatten unter den Kriegswirkungen die Seidenfabrikation, die Wärferei, Stickerie- und Porzellanindustrie, besonders aber die Spitzen-, Lüll- und Gardinenfabrikation des sächsischen Vogtlandes, also jene Zweige, die hauptsächlich Luxusartikel herstellen, zu leiden.

Eine ähnliche Entwicklung läßt sich bei einer Reihe anderer großer Industrien nachweisen. Zunächst Papier und Stahl, dann eine rasch steigende Erholung und Anpassung an veränderte Produktionsbedingungen. Im einzelnen lassen sich allerdings große Unterschiede konstatieren. Während in manchen für das Meer tätigen Betrieben bis in die tiefe Nacht gearbeitet wird, haben andere, vornehmlich die eigentlichen Luxus- und Exportindustrien, wenig zu tun.

Und wie es der englischen Bourgeoisie nicht gelungen ist, der deutschen Industrie die Rohstoffzufuhr abzuschneiden, so ist es ihr auch nicht gelungen, das deutsche Volk auszuhungern, obgleich die deutsche Regierung viel zu spät gegen die Preistreiber und den Lebensmittelmangel eingeschritten ist und ihre Maßnahmen teilweise als ganz unzulänglich bezeichnet werden müssen. Eine beträchtliche, die ärmeren Volksschichten schwer drückende Verteuerung der Nahrungsmittel ist dem deutschen Volk allerdings ebensowenig wie den andern am Kriege beteiligten Staaten erspart geblieben. Aber von einer Aushungerung Deutschlands ist heute nach Schluß des ersten Kriegsjahres selbst in der kapitalistischen Presse Englands kaum mehr die Rede. Der schöne Plan ist vereitelt, und höchstwahrscheinlich können in nächster Zeit nicht nur die dem einzelnen zuerteilten Rationen erhöht werden, man darf auch auf eine Ermäßigung der Schweinefleischpreise im Spätherbst rechnen.

Wesentlich beigetragen hat zu diesem günstigen wirtschaftlichen Verlauf des ersten Kriegsjahres der starke Grundbau des deutschen Bauwesens, vor allem der deutschen Reichsbank, die in zielbewusster Arbeit sich in den letzten Jahren eine so starke Rüstung verschafft hatte, daß sie als „Kriegsbank“ der in den ersten Tagen der Mobilmachung auftretenden stürmischen Nachfrage nach Zahlungsmitteln durchwegs zu genügen und zugleich den enormen ersten Kriegsbedarf der Regierung — allein die Mobilmachung erforderte über eine Milliarde Mark — zu genügen vermochte. Freilich lebt zu einem großen Teil der deutsche Wirtschaftskörper, wenn auch nicht im gleichen Maße wie der Frankreichs und Englands, von dem in früheren Jahren aufgedünnten oder, wie es in der landläufigen Ausdrucksweise heißt, „erparten“ Kapital. Er gleicht dem Sparner, der in früheren guten Jahren auf der Sparbank seine Ueberschüsse angelegt hat und sie nun gezwungenermaßen zum Teil wieder abhebt. Die enormen Kriegskosten haben ganz beträchtliche Löcher in den Geldbeutel gerissen. Die erste Kriegsanleihe hat nach dem Bericht der Reichsschuldenkommission die Reichsschulden um beinahe 3 1/2 Milliarden Mark vermehrt, die zweite Kriegsanleihe hat weitere 9,1 Milliarden Mark hinzu. Außerdem sind ungefähr für 1 Milliarde Mark Schatzanweisungen und für 30 Millionen Mark neue Reichsscheine ausgegeben.

Dazu kommt der Reichskriegsschatz des Juliusturns mit 120 Millionen Mark. Ferner wurden aus dem zur Vermehrung des Reichskriegsschatzes bestimmten Gold- und Silberfonds ungefähr 126 Millionen Mark der Reichsbank übergeben. Der Notenumlauf der Reichsbank ist nach ihrem Ausweis vom 31. Juli d. J. auf 5588 Millionen Mark gestiegen und an ausgefertigten Darlehensklassenscheinen waren nach der Feststellung der Reichsschuldenkommission am 15. Mai für 1700 Millionen Mark in Verwahrung der Reichsbank und für 1181 Millionen Mark im Umlauf.

So hat im ersten Kriegsjahr die deutsche Wirtschaft dem Kriegsansturm besser widerstanden, als selbst die Zuvorsichtlichen zu hoffen wagten — besser als die Wirtschaftsorganisation der übrigen kriegführenden Staaten. Die Befürchtungen eines baldigen unerbittlichen wirtschaftlichen Zusammenbruchs, die zu Anfang des Krieges überall auftauchten, sind zerstreut. Statt dessen stößt man heute in fast allen wirtschaftlichen Kreisen auf das oft stark übertriebene Selbstbewußtsein: „Wir können aushalten!“ — H. C.

Beschießung von Poperinghe.

Lyon, 8. August. (W. L. W.) Die „Nouvelles“ meldet, wurde Poperinghe gestern eine Stunde lang von der deutschen Artillerie beschossen. 22 Granaten fielen auf die Stadt. Nach dem zehnten Schuß trat eine Pause ein, so daß die Bevölkerung glaubte, die Beschießung sei zu Ende. Wenige Minuten später setzte das Feuer wieder ein und verursachte bedeutenden Schaden.

Oestlicher Kriegsschauplatz. Ein Erlaß an die Bevölkerung Warschaus.

Der Oberbefehlshaber der in Warschau eingezogenen deutschen Truppen, Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern, hat der „Deutschen Lodzer Zeitung“ zufolge nachstehende Bekanntmachung an die Einwohnerschaft erlassen:

Einwohner von Warschau!
Eure Stadt ist in deutscher Gewalt!
Aber wir führen Krieg nur gegen feindliche Truppen, nicht gegen friedliche Bürger.

Ruhe und Ordnung soll gewahrt, das Recht geschützt werden. Ich erwarte, daß Warschaus Bürger keine feindlichen Handlungen unternehmen, dem deutschen Rechtsgefühl vertrauen und den Anordnungen unserer Truppenbefehlshaber Folge leisten werden.

Der deutschen Heeresleitung ist aber bekannt geworden, daß der Feind Anschläge gegen die Sicherheit unserer Truppen in Warschau vorbereitet hat. Darum bin ich gezwungen, die Häuser der angesehenen Bürger der Stadt als Geiseln zu nehmen, die mir für die Sicherheit der Truppen bürgen.

An Euch ist es, das Leben dieser Eurer Mitbürger zu schützen. Wer darum Kenntnis hat von geplanten Anschlägen irgendwelcher Art, hat im Interesse seiner Mitbürger wie der Ruhe und Sicherheit der Stadt Warschau die Pflicht, solches ungeäumt bei der deutschen Militärbehörde zur Anzeige zu bringen.

Die Todesstrafe hat derjenige zu gewärtigen, der sich einer Unterlassung in dieser Hinsicht schuldig macht oder gar Anschläge vorzubereiten.

Russische Lügen.

Amlich, Berlin, 9. August. (W. L. W.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Russische Lügen“: Wie aus der russischen Presse zu entnehmen ist, hat die in Rußland eingesezte Greuelkommission unter dem Vorsitz des Senators Krimzow einen Bericht zusammengestellt, der in Tausenden von Exemplaren in die neutralen Länder, hauptsächlich auch nach Südamerika verandt worden ist. Aus Einzelnotizen der russischen Presse ergibt sich, was man russischerseits waagt, den deutschen Soldaten zur Last zu legen. Verbrechen russischer Gefangener, Erschießen friedlicher Einwohner, Morderungen von Gefangenen, Abschneiden von Fingern, Foltern mit glühenden Eisenstangen, das sind einige der wirksamsten Nummern aus diesem Schreckenstafelberg.

Wie sich überzeugt, daß niemand außerhalb Rußlands diesen allzu dummen Lügen Glauben schenken wird. Die russische Greuelberichte, die gerade so unglaubwürdig sind wie die russische Behauptung, daß die russischen Truppen Warschau verlassen hätten, um der Stadt die Beschließung zu ersparen, richten sich selbst. Ihnen im einzelnen zu widersprechen, wäre zwecklos, da sie unkontrollierbar sind und der Greuelmeldung von der russischen Regierung zur Verbesserung der kritischen Menge gegen Deutschland trotz aller Demenstsystematisch betrieben wird. Wir überlassen es ruhig jedem objektiven denkenden Neutralen, die Plumpheit dieser Lügen, die sich würdig an die Fälschungen der Bogrombilder anreihen, nach Gebühr einzuschätzen. Schimpfen und Verleumdungen ist die letzte Waffe des geschlagenen Feindes.

Der italienische Krieg.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 8. August. (W. L. W.) Amtlicher Kriegsbericht vom 8. August, abends 7 Uhr. In der Gegend des Tonale haben unsere Alpinabteilungen, die läßt längs des schwierigen Felskamms, der sich von Eiben her zum Valle del Monte (Alto Toco) erhebt, vordrängen, bei Tagesanbruch des 7. August feindliche Truppen, die sich südlich Punta di Cavallone verschanzt hatten, überrascht und zerstört und dabei Bombenwerfer, Patronen und anderes Material, das der Gegner zurückließ, erbeutet. Am gleichen Tage wurden feindliche Abteilungen, die sich auf Malga Paludej nordöstlich Punta Cavallone verschanzt hatten, aus ihren Stellungen vertrieben dank dem genauen Feuer unserer Gebirgsartillerie, die auf einer Höhe von über 300 Meter auf den Felsen des Cavallone in Stellung gebracht worden war. Im Sextental (Cadore) folgte auf das wirksame tagelange Feuer unserer mittleren Artillerie ein Vorrücken unserer Infanterie, die den Feind nach und nach zurückdrängte, die Front vom Monte Nero bis zu den Südhängen des Burgstalles erreichte und sich dort verstärkte. Auf dem Karst unternahm gestern der Gegner, um das Fortschreiten unserer Annäherungsarbeiten zu hindern, häufig kleine Gegenangriffe, die stets zurückgeschlagen wurden. Er versuchte auch, bewegliche Drahthindernisse vor unseren Linien anzubringen. Unsere Artillerie beschloß eine von Debetati nach der Grenze marschierende feindliche Kolonne und verursachte durch ihr wohlgezieltes Feuer Explosionen und Brände in der Umgebung von Marcottini. General Cadorna.

Der türkische Krieg.

Hefige Kämpfe bei den Dardanellen.

Konstantinopel, 8. August. (W. L. W.) Das Hauptquartier teilt mit: An den Dardanellen hat der Feind in der Nacht vom 6. zum 7. August unter dem Schutze seiner Flotte einen Teil seiner Streitkräfte in der Umgebung von Karatschali im Norden des Golfes von Saros gelandet, den

Rest an zwei Orten nördlich von Arburnu. Wir vertrieben den bei Karatschali gelandeten Feind vollständig. Er floh und ließ etwa 20 Tote zurück. Die nördlich von Arburnu gelandeten Truppen rückten unter dem Schutze der Flotte am 7. August ein wenig vor. Am Abend hielten wir das feindliche Vorrücken durch Gegenangriffe auf. Heute früh schlugen wir die Angriffe des Feindes zurück und brachten ihm erhebliche Verluste bei. Wir machten einige Soldaten und Offiziere zu Gefangenen.

Bei Sed ul Bahr schoben wir einen Teil eines Grabens auf unserer rechten Flanke etwa 40 Meter gegen den Feind vor. Am 6. August schlugen wir den Feind zurück, der bei zwei fruchtlosen Angriffen gegen diesen Graben 2000 Tote vor den Gräben ließ. Am 7. August wiesen wir drei lange und heftige, aber fruchtlose Angriffe zurück, die der Feind gegen diese Schützengräben und in Massen gegen unser Zentrum und gegen unseren linken Flügel unternahm. Wir trieben den Feind vollständig in seine alten Stellungen zurück. Nicht zufrieden damit, diese wiederholten Angriffe zum Scheitern gebracht zu haben, drangen unsere tapferen Truppen in einen Teil der feindlichen Gräben ein und richteten sie gegen den Feind ein. Wir machten 110 Gefangene.

Ein feindliches Unterseeboot versenkte heute früh das Linien Schiff „Barbaros Hareidin“. Ein großer Teil der Besatzung ist gerettet. Der Untergang des „Barbaros“, so bedauerlich er an sich ist, regt uns nicht übermäßig auf; nur daß er das Stärkeverhältnis unserer Schiffe zu den feindlichen wie eins zu zehn gestaltet. Wir heben noch hervor, daß unsere übrigen Schiffe dieselbe Tätigkeit entfalten werden, und daß ihre von glühender Vaterlandsliebe besetzten Mannschaften durch ihre Geschicklichkeit und ihre Aufopferung dem Feinde denselben Schaden zuzufügen wissen werden, wie ihre Kameraden.

„Barbaros Hareidin“, früher „Kurfürst Friedrich Wilhelm“, wurde Ende August 1910 nach der Türkei übergeführt. Er war ein Panzer von 10 000 Tonnen, mit sechs 28-Zentimeter-Kanonen ausgerüstet. Erbaut 1891, war er nach den deutschen Bestimmungen bereits ein überaltetes Schiff.

Konstantinopel, 9. August. (W. L. W.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront brachte heute früh um fünf Uhr fünfzig Minuten eines unserer Wasserflugzeuge durch Bomben ein feindliches Unterseeboot vor Vulair zum Sinken. Im Norden von Ari Burnu warfen wir gestern wiederholte Angriffe des Feindes zurück und fügten ihm Verluste zu. Bei Sed ul Bahr zerstörten wir eine feindliche Bombenwerferstellung. Auf den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Der Seekrieg.

Vom U-Bootkrieg.

London, 9. August. (W. L. W.) Nach einer Lloyd-Meldung ist der schwedische Dampfer „Malmland“ 3878 Tonnen groß, der Dampfer „Glenravel“, 1092 Tonnen groß, aus Belfast, und der Fischdampfer „Ocean Queen“ versenkt worden. Die Besatzungen sind gelandet.

(Anm. d. W. L. W. Demnach ist anzunehmen, daß der Dampfer „Malmland“ Bannware geführt hat.)

Kristiania, 9. August. (W. L. W.) Die norwegische eiserne Segelbarke „Norman“ (995 Tonnen) mit einer Holzlast, also Bannware, unterwegs nach dem Tonne, ist von einem deutschen Unterseeboot quer ab von Arendal, sechs Seemeilen vom Lande entfernt, versenkt worden.

Kopenhagen, 9. August. (W. L. W.) Der dänische Dampfer „Lynn“ hat hier sieben Mann und eine Frau von der Besatzung des Gotenburger Dampfers „Mai“ gelandet, der von Schweden nach England mit Grubenholz unterwegs war und am Freitag in der Nordsee von einem deutschen Unterseeboot in den Grund gehohrt worden war. Die Besatzung war in zwei Boote gegangen, die Insassen des einen sind am Sonnabend vom „Lynn“ aufgenommen worden, und im zweiten Boote befanden sich der Kapitän und neun Mann, deren Schicksal unbekannt ist.

(Anmerkung des W. L. W.: Grubenholz ist Bannware.)

Kriegsfragen in der französischen Kammer.

Paris, 8. August. (W. L. W.) „Le Temps“ meldet: Bei der Debatte über das Gesetz betreffend den Ankauf und Verkauf von Getreide und Mehl, das am Freitag in der Kammer zur Beratung stand, nahm der sozialistische Deputierte Laude gegen die Steigerung des Getreidepreises Stellung. Der Preis sei von 25 Frank zu Kriegsbeginn auf 37 Frank gestiegen. Laude erklärte, die Steigerung sei auf Spekulation zurückzuführen. Im August 1914 habe die Syndikatskammer der Pariser Getreidehändler der Regierung vorgeschlagen, ihr Verträge für Lieferung von 300 000 Zentner amerikanischen Getreides zu 21 Frank für den Zentner abzutreten. Das Abkommen sei durch Vermittlung eines Mittelmannes zustande gekommen, jedoch habe die Regierung statt 21 Frank 28 1/2 Frank bezahlt. Unterstaatssekretär Thiery erklärte, die Angaben des Deputierten Laude seien richtig. Der Vordichter des Ackerbauauschusses Wort sei beauftragt, eine Untersuchung in dieser Angelegenheit durchzuführen, deren Abschluß bevorstehe. Der Sozialist Bioletto bekämpfte die Kaufbedingungen der Staatsintendantur, die den Getreidekauf durch Agenten vornehmen lasse, die sich um den Preis nicht kümmerten und das Getreide teurer kauften, als staatliche Anstalten es kaufen würden. Unterstaatssekretär Thiery bestätigte auch diese Tatsachen und erklärte, er werde bei den Kaufgeschäften alle Mittelmannen zwischen den Produzenten und dem Staate ausschalten. Man müsse ihnen jedoch Zeit lassen, die Reformen durchzuführen, da er seit seinem Amtsantritt eine Unmenge der wichtigsten und dringendsten Fragen zu erledigen habe.

Wie dasselbe Blatt berichtet, hat sich der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten gestern mit der deutschen Propaganda beschäftigt und die Frage einer wirksameren Ausgestaltung der französischen Propaganda erörtert. Der Ausschuß nahm einen Antrag an, in welchem die Notwendigkeit betont wird, zwischen den Mitgliedern des englischen und des französischen Parlaments engere Beziehungen zu schaffen. Es wurde auch beschlossen, daß eine Anzahl von Mitgliedern des französischen Parlaments ihren englischen Kollegen einen Besuch abstatten soll. Der Ausschuß des Kriegsministeriums für Gemische Studien gibt die Mittel bekannt, mit denen sich die Zivilbevölkerung im Falle eines Luftangriffs gegen die Wirkung erscheidender Gase schützen könnte. Der Ausschuß schlägt der Zivilbevölkerung vor, sich im Falle eines Alarms in die mittleren Stockwerke zu flüchten, da die Keller und unteren Stockwerke von den schweren erscheidenden Gasen überflutet würden, während die oberen Stockwerke von Gasen durchdrungen werden könnten. Man solle Mund und Nase mit einem angefeuchteten Tuch bedecken und sich möglichst schnell von der Stelle entfernen, die von den erscheidenden Gasen erfüllt sei.

Eine Rundfrage über den Burgfrieden.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Der „Natin“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 4. d. M. die Antworten, die er auf seine, an eine Reihe verschiedenartiger Persönlichkeiten — von früheren Ministerpräsidenten bis zum Ober-Rabbiner — gerichtete Frage über die Zukunft der „union sacrée“ (heiligen Einigkeit) erhalten hat. Zurückhaltung hat nur ein einziger Mann geübt, der aber in „heiligen“ Dingen berufsmäßig am besten Weisheit wissen muß: der Erzbischof Mette, der erklärte, sich über einen so delikaten Gegenstand nicht äußern zu können. Alle übrigen sind für die „heilige Einigkeit“ sehr eingenommen. Die früheren Ministerpräsidenten Bourgeois und Barthou, die reaktionären Deputierten Cochon und Benoist, der Monarchist Marquis de Dion, der Royalist Delahage, der jungrepublikanische Journalist Maurras, die Radikalen Buch, Dumesnil und Breton, die Sozialisten Comptore-Morel und Varenne, der Präsident des Freimaurerverbandes des „Grand Orient“ und der Rabbiner. Ein Unterschied zeigt sich allerdings in einigen Urteilen über die Dauer des Burgfriedens. Maurras hofft, daß er die „einzige Einheit, die Frankreich würdig sei“, hervorkeimen lassen werde, nämlich die Rückkehr zur nationalen Monarchie, Delahage ist unabhängig genug, um den Burgfrieden unter eine Bedingung zu stellen, nämlich, daß die Regierung die „Gewissensfreiheit unangetastet lasse“, d. h. daß sie der kirchlichen Propaganda nicht in den Weg trete. Comptore-Morel spricht die Ueberzeugung aus, daß der Burgfrieden nur solange wie der Krieg dauern werde; „Der Waffenstillstand der Parteien ist durch die Umstände notwendig geworden und kein Franzose könnte es ablehnen, an der Einigung der nationalen Kräfte gegen die Angreifer teilzunehmen. Aber wenn dieser Waffenstillstand und diese Einigkeit so lange wie der Konflikt fortauern müssen, wäre es allzu früh, an ihre wohlthätigen Wirkungen nach dem Kriege zu denken. Morgen ebenso wie gestern werden die Klassen einander entgegenstehen, ebenso wie die politischen, philosophischen und religiösen Auffassungen im unangefochten Kampf der Ideen aufeinanderstoßen werden.“

Bemerkenswert ist die fast in allen Antworten hervortretende Mäßigung des Tons, worin über das Kriegsziel gesprochen wird. Selbstverständlich sehen alle im Burgfrieden die Bedingung und sichere Bürgschaft des Sieges. Aber nur der Ex-Sozialist Breton und der Radikale Dusmenil sprechen noch von der „schleunigsten und vollständigsten Verschärfung“ des deutschen Militarismus. Der bekanntlich sehr nationalpatriotische Genosse Varenne aber sagt: „Man spreche uns nicht davon, die Waffen niederzulegen, bevor die Unternehmung Deutschlands, die Hegemonie über die Welt zu erringen, nicht nach dem eigenen Geständnis des Angreifers gescheitert ist. Der Krieg wird ein Ende haben, sobald unsere Feinde daran genug haben. Und nichts sagt uns, daß dieser Tag sehr fern sei.“ — Diese maßvolle Stimme verdient Beachtung.

Von der sozialistischen Parlamentsgruppe Italiens.

Mailand, 9. August. (W. L. B.) „Secolo“ meldet aus Florenz über die Tagung der parlamentarischen Gruppe der sozialistischen Partei: Bezüglich der Getreidefrage bedauern die Sozialisten, daß keine Maßnahmen zur Verhinderung der Umtriebe der Getreidespekulanten getroffen wurden und fordern die Regierung auf, große Getreideankäufe im Ausland zu machen und sie auf besonderen Dampfern nach Italien zu bringen. Die dem Staat dabei erwachsenden Verluste soll er als besondere Kriegsausgabe tragen.

Zur politischen Lage wurde eine lange Entschliebung mit verschiedenen Einwänden und Vorschlägen angenommen, deren vollständige Veröffentlichung die Zensur jedoch verhindert. Aus den Mitteilungen des „Secolo“ ist zu ersehen, daß ein normales Weiterarbeiten des italienischen Parlaments verlangt wird, denn dort werde jede Klasse und jede Partei ihr Programm entwickeln und die Verantwortlichkeit vor dem Lande übernehmen.

Eine andere Entschliebung über das Problem der Arbeitslosigkeit, deren schlimme Folgen sich immer deutlicher zeigen, bedauert das vollständige Versagen der Regierungsmassnahmen zur Finanzierung der öffentlichen Arbeiten. Es soll ein Sonderauschuss eingesetzt werden, der der Regierung noch einmal die ganze Schwere des Problems nahelegen soll. Nach dem Bericht Morgaris über seine Auslandsreise wurden schließlich alle Anstrengungen derer, die auf einen künftigen Frieden hinarbeiten, gebilligt.

Hgm. Mailand, 9. August. Nach einer Meldung des „Secolo“ aus Turin ist in der dort tagenden Versammlung der sozialistischen Partei beschlossen worden, daß mit Rücksicht auf den Klassenkampf kein Parteimitglied der städtischen Kommission zur Unterstützung von Soldatenfamilien beitreten darf.

Zu der sozialistischen Partei macht sich überhaupt eine täglich stärker auftretende Opposition gegen die Regierungspolitik bemerkbar. Mit Mühe und Not wurde der Straßenbahnstreik in Genua nach Bewilligung der verlangten Lohnerhöhung von 50 Centimes täglich durch Vermittlung der Behörden beigelegt.

Eine verständige englische Stimme.

London, 9. August. (W. L. B.) Im „New Statesman“ wendet sich der Professor der Staatswissenschaften in Cambridge, G. Lovers Dickinson, gegen einen Artikel von Sir G. Johnston über die deutschen Kolonien. Zwar sei, meint er, die Aussicht sehr groß, daß die Kolonien den Deutschen nicht zurückgegeben werden, vor allem deshalb, weil die Staaten, die sie erobert oder besetzt haben, das letzte Wort sprechen werden; aber eine solche Politik sei, wie Johnston erkläre, nicht bewundernswert, sondern höchst verwerflich und verderblich. England beteiligte sich am Kriege, um Belgien und Frankreich zu verteidigen und um, wie man uns immer wieder vorhält, Deutschlands Gelfüste nach der Welt Herrschaft zu bereiten. Die Deutschen führen Krieg in der Ueberzeugung, daß ihre Unabhängigkeit und ihr Land von seiten der Triple-Entente bedroht war. Aber, fährt Dickinson fort, die Völker werden nicht nach dem beurteilt werden, was sie zu Beginn des Krieges sagten oder dachten, sondern nach dem, was sie am Ende des Krieges taten. Die Geschichte wird die Worte auswählen und nach den Taten ihr Urteil fällen. Wenn nun die Politik dem Rate Sir Harry Johnstons folgt, dann wird die Geschichte feststellen, daß England den Krieg benutzte, um sein schon gewaltig großes Gebiet noch mehr zu vergrößern und den Handel seines vornehmsten Rivalen seiner Gnade zu unterwerfen. Die Geschichte wird, mit anderen Worten, das Pladoyer Deutschlands bekräftigen und mit

Verachtung Englands Pladoyer betwerfen und von neuem werden wir gebrandmarkt werden mit dem Zeichen der Dummheit und Geisteslosigkeit, das ausländische Kritiker unserer Politik schon aufgedrückt haben. Deutschland wird mit der Aussicht, die Johnson im Verheißt, den Krieg noch Jahre hindurch weiter führen und im Falle einer Niederlage sofort zu einem neuen Kriege rufen.

Zur Lage der österreichischen Gefangenen in Serbien.

Wien, 9. August. (W. L. B.) Das Wiener R. A. Telegr.-Korr.-Bureau meldet: Die internationale Kommission, die über die Lage der österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in Serbien zu berichten hatte und aus dem Gefandten der Vereinigten Staaten in Belgrad, dem spanischen Militärattaché in Risik, Oberstleutnant Sola, und dem schweizerischen Sanitäts-hauptmann Blad bestand, ist nach vierwöchigem Aufenthalt in Serbien hierher zurückgekehrt. Sie hat den größten Teil der Unterbringungsorte unserer Kriegsgefangenen besichtigt und Gelegenheit gehabt, diese Kriegsgefangenen zu sprechen. Dem Berichte ist zu entnehmen, daß sich die Lage unserer Kriegsgefangenen in Serbien hinsichtlich der Behandlung, Verpflegung und sanitären Verhältnisse in der letzten Zeit in den meisten Unterbringungsorten erheblich gebessert hat, wenn auch durchaus noch nicht überall solche Verhältnisse eingetreten sind, wie wir sie für unsere Kriegsgefangenen wünschen.

Unwahrscheinliche Behauptungen.

London, 8. August. (Z. U.) Wie der Petersburger Korrespondent der „Times“ seinem Blatte meldet, griffen einige Mitglieder der Duma den Kriegsminister an und verlangten sofortige Untersuchung wegen des Mangels an Granaten. Gleichwohl hätte die übergroße Mehrheit der Duma Vertrauen zur Regierung. Die General-Palutowanoff mitteilte, verfüge Rußland noch über 8 Millionen Reservisten. Doch sollten vorläufig nur zwei Millionen ausgehoben werden. Seit Anfang des Krieges habe Rußland sechs bis sieben Millionen Mannschaften ins Feld gestellt. Die Produktion von Waffen und Munition habe bereits eine hohe Ziffer erreicht und steige noch ständig. Wenn das Heer mit allem, was es nötig hat, versehen sei, dann würden die Russen den Deutschen eine entscheidende Schlacht liefern. — Es fragt sich nur, wann dies der Fall sein wird.

Oeffentlicher Protest des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Dumafraktion.

Die russische Presse veröffentlicht folgendes Schreiben des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Dumafraktion, Genossen Tschcheidse an den Minister des Innern Rüstschewskow:

„Seit in der Presse und im öffentlichen Leben die Einberufung der Duma auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, wurde für mich eine ganz ungewöhnliche Lage geschaffen: seither wurde meine Wohnung unter ganz besondere Aufsicht gestellt. Im Innenhofe, am Foreingang und sogar auf dem Treppenaufgang zu meiner Wohnung sind Leute gestellt worden, die jeden meiner Schritte beobachten und bespionieren, die mir überall nachschleichen — auch in das Gebäude der Reichsduma — und jedem einzelnen nachspionieren, der zu mir kommt. Zudem geschieht dies alles absichtlich demonstrativ, ja geradezu herausfordernd. Man ist scheinbar zur Ansicht gelangt, daß man jetzt auch ohne die frühere (weniger aufdringliche) Art der Bespionierung auskommen kann. Genau in derselben Lage befinden sich meine Fraktionskollegen Stobolew, Tschajlow und Chausow.“

Sehr bezeichnend für die Lage, die für mich geschaffen wurde, ist die folgende Episode: Am 17. Juli begab ich mich zusammen mit Tschajlow und Chausow zu einem gemeinsamen Besuche, einem hiesigen Rechtsanwalt. Es traf sich dabei, daß sich bei ihm 4 bis 5 seiner Kollegen aus der Juristenwelt und einige Schriftsteller befanden. Untermwegs war es mir und meinen Fraktionskollegen schon klar geworden, daß man uns nachschleift. Kaum eine Stunde nach unserer Ankunft erschien der Präsidialsekretär des Littejniziers, bezeichnete die anwesenden Personen und befahl uns, auseinanderzugehen; so lange er aber die Legitimation prüfte und die Personalien feststellte, waren wir — drei Mitglieder der Reichsduma — gezwungen, unter Aufsicht eines Polizisten am Ort zu bleiben.

Unter diesen Umständen gibt es für mich und meine Fraktionskollegen keine Garantie, daß wir bei Besuch eines Bekannten in dessen Wohnung nicht die Polizei nach uns ziehen würden und daß eine beliebige Zusammenkunft mit Bekannten und Freunden nicht als gegenwärtige Handlung gestempelt wird. Es bleibt uns in dieser Lage nichts anderes übrig, als uns entweder mit alledem zufriedenzugeben oder uns gänzlich von der Außenwelt abzuschließen.

Ich glaube, daß ein derartiges Verhalten den Volkvertretern gegenüber in gebührender Weise gekennzeichnet werden muß, was von unserer Seite von der Dumatribüne herab auch geschehen wird. Bis dahin aber erhebe ich gegen die genannten Maßnahmen hierdurch einen ganz entschiedenen Einspruch.

Rikofaj Stenjonowitsch Tschcheidse.“

Es ist herzerfrischend, den entschiedenen Ton zu vernehmen den der Führer unserer Genossen in der Duma im Verkehr mit der Regierung anschlägt. Nicht minder bemerkenswert ist es, daß die russische Presse das Protestschreiben ungefälscht wiedergeben kann.

Rumänien.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ bringt an leitender Stelle einen sehr bemerkenswerten Artikel, in welchem das Verhalten Rumäniens eingehend gewürdigt wird. Festgestellt wird, daß die Haltung Rumäniens bis zur Stunde unverändert sei, und daß kein greifbarer Anlaß zu dem Glauben vorliege, daß das Kabinett Veataniu in nächster Zeit die Richtlinien seiner bisherigen Politik zu verschieben gedenke. Dem rumänischen Problem würde übrigens in der Öffentlichkeit eine Bedeutung beigegeben, die ihm schwerlich zukomme. Die militärische Lage sei heute so, daß Rumänien den historischen Zeitpunkt verjäumt habe, der zu einem Anschluß an Rußland hätte wahrgenommen werden müssen. Zwischen der Russenherrschaft in Lemberg und heute liege nicht nur ein Zeitraum, der auf etwaige kriegerische Reigungen Rumäniens während wirken müsse, sondern auch eine örtliche Entfernung so bedauerlicher Art, daß ein militärisches Eingreifen der rumänischen Armee heute auch rein physisch sich wenig versprechend ausnehmen würde. Der anscheinend inspirierte Artikel fährt dann fort:

„Daraus folgt aber weiter, daß sich Rumänien heute zu einer politischen und militärischen Passivität beurteilt steht, aus der es nur herauszukommen vermöchte, falls es auch seinerseits bereit ist, die Früchte der deutsch-österreichisch-ungarischen Siege zu pflücken. Solange das aber nicht der Fall ist und die rumänische Politik sich in der Rolle eines hoffnungsreichen Zuschauers gefällt, der seine Augen auf die Darbanelen gerichtet hält, muß der rumänische Faktor im europäischen Machenerempel naturgemäß nach und nach geringer werden und das Interesse an einer größeren Aktivität des Königsreiches haben wie drüben allmählich verfallen.“

Was wie an dieser Stelle vor drei Monaten sagten, gilt auch heute noch: Der Traum von einem Groß-Rumänien kann nur an den Grenzen eines vernichteten Rußlands seine Verwirklichung erleben. Die Zukunft Rumäniens liegt nicht in den Weerengen, die man ihm trügerisch versprochen hat, sondern an den Ufern des Dnjepr und Pruth.“

Albanien.

Graf Julius Andraffy schrieb kürzlich in der „Neuen Freien Presse“ in einem Artikel, der auch in der reichsdeutschen Presse außerordentliche Beachtung gefunden hat, unter anderem über die albanische Politik Oesterreich-Ungarns:

„Eine Saarebrette trennte uns vom Balken wegen Albanien. Wegen dieses Landes war eine internationale Flotte wochenlang mobilisiert. Viel Geld gab die Welt bereits für Albanien aus. Dann festelte es von neuem die öffentliche Aufmerksamkeit durch jene teils tragischen, teils komischen Ereignisse, welche sich an das Schicksal des „Rebel“ knüpften. Seiten wir nicht albanesischer als die Albanesen. Am vorteilhaftesten wäre jene Lösung, welche Albanien in seiner Gänge oder wenigstens dessen südlichen Teil in der geeignetsten Weise, eventuell im Wege einer Personalunion, Griechenland angliedern würde. Vielleicht wäre dies von allem Anfang an die beste Lösung gewesen. Von dem Gesichtspunkte unserer Interessen darf man auch jene Möglichkeit nicht vollständig ausschließen, daß Albanien Serbien für das den Bulgaren abgetretene mazedonische Gebiet als Vergütung erhalte, natürlich stets unter der Verpflichtung der Achtung der albanesischen Stammeseigenheiten . . .“

Dierzu bemerkt unser Linzer Parteiorgan „Die Wahrheit“ recht treffend:

„So schreibt nicht ein Vaterlandsberräter, sondern ein wirklicher Geheimer Rat und königlich ungarischer Minister a. D., Graf Julius Andraffy, in der „Neuen Freien Presse“ vom 1. August.“

Wirklich ein wirklicher Geheimer Rat. Wirklich ein gewesener königlich ungarischer Minister, von dem man übrigens erzählt, daß er noch immer nicht ganz einflußlos ist, der Sohn jenes Grafen Andraffy übrigens, der die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns der letzten Jahrzehnte einleitete. Und wirklich, nicht nur Griechenland will er Albanien abtreten, sondern gar an Serbien, nicht etwa an das kleine Montenegro, das vor zwei Jahren ein paar Kester in dem erst zu schaffen und nun noch immer nicht geschaffenen „Albanien“ begehrte, nein, an das Serbien, das mit uns im Kriege ist und das uns schon damals als unser Erbfeind hingestellt wurde. Freilich möchte er seine Lösung davon abhängig machen, daß Serbien mit seinen großherblichen Ambitionen bricht. . . .“

Es liegt uns fern, aus der Wandlung der Anschauungen über Albanien irgend welche Schlüsse ziehen. Es freut uns nur, daß sich schließlich auch so hochstehende Herrschaften den sozialdemokratischen Argumenten beugen müssen. So ist es immer mit der sozialdemokratischen Kritik: anfangs wird sie verächtelt und bedächtigt, nach längerer Zeit kommt man aber doch darauf, daß man besser getan hätte, auf die sozialdemokratischen Warnungen zu achten.“

Die Bedingungen der bulgarischen 500-Millionen-Anleihe.

Sofia, 9. August. (W. L. B.) Der Finanzminister veröffentlicht folgende Mitteilung über die Bedingungen des Abkommens betreffend die Anleihe von 500 Millionen Frank, das mit einem Syndikat deutscher und österreichisch-ungarischer Banken getroffen worden ist. Die Finanzgruppe hatte sich bis zum 1. August 1915 zu erklären, ob sie zur Ausübung der Option auf den ersten Teil der Anleihe im Betrage von 200 Millionen Frank gewillt wäre. Das Syndikat erklärte sich hierzu bereit. Da der Krieg aber die öffentliche Emission der Anleihe nicht gestattet, so wurde diese bis spätestens auf ein Jahr nach dem Friedensschluß verschoben. Inzwischen wird die Bankengruppe die bei ihnen untergebrachten 120 Mill. Frank Schatzkasseneinlösen. Der bulgarische Staat wird hierfür an Zinsen 1 Proz. über den jeweiligen Satz der deutschen Reichsbank und zwar nicht unter 6 Proz. und nicht über 8 1/2 Proz. zuzüglich einer Provision von 1/2 Proz. pro Quartal zahlen. 75 Millionen Frank, die Bulgarien der Banque de Paris et des Pays-Bas schuldet, werden aus dem Erlös der Emission der ersten Option bezahlt werden. Die der russisch-asiatischen Bank schulden 30 Millionen Frank befinden sich zur Verfügung dieser Bank bei der Diskontogesellschaft in Berlin. Sie werden der erstgenannten Bank überwiesen werden, sobald dies nach Friedensschluß möglich ist.

Die bulgarischen Sozialisten gegen eine Intervention.

Anfolge der kriegsbegehrlichen Tätigkeit des sogenannten bulgarischen Volkskomitees wie auch der immer kritischer werdenden Lage in den neutralen Balkanländern sah sich die bulgarische Sozialdemokratie veranlaßt, am 27. Juli im ganzen Lande, in den Städten wie in den Dörfern, Kundgebungen gegen eine Einmischung Bulgariens in den Krieg zu veranstalten. Nachstehend seien einige der in den Protestversammlungen angenommenen Resolutionen wiedergegeben:

Sofia: „Der einmütige Wille des Volkes ist, in Frieden und Eintracht mit seinen Nachbarn zu leben. Das Volk erwartet den Zusammenbruch der bulgarischen Nation von der Schaffung einer einzigen Balkanrepublik. Das Volkskomitee, hinter dessen Patriotismus lediglich Eigennutz und Raubgier lauern, hat nichts gemein mit dem Volke und ist nicht berechtigt, in seinem Namen zu sprechen.“

Dubnitsa: „Das Volkskomitee treibt die Herrschaft über die ganze Balkanhalbinsel an. Wer will, möge kämpfen; das Volk aber, das den Frieden will, soll in Ruhe gelassen werden.“

Dorf Kotschmalat: „Wir protestieren gegen die Provokationen der russophilen und autrophilen Presse zugunsten einer Einmischung in den Krieg, aus dem nur einige Abenteuerer und Spekulanten Nutzen ziehen werden. Im Einvernehmen mit der Politik der sozialdemokratischen Partei fordern wir eine Föderation der Balkanvölker.“ (Folgen 80 Unterschriften.)

Dorf Wlozenh: „Das leidende Volk ist gegen jeden Krieg und protestiert gegen das Volkskomitee. Mögen die Kriegsfreunde dem Beispiel Radko Dimitriens (eines bulgarischen Generals in russischen Diensten) folgen und sich auf irgendeinen anderen Kriegshauptplatz begeben. Wir sind für eine Föderation der Balkanländer.“

Jambol: „Wenn das Parlament nicht einberufen und das Volk nicht befragt wird, bleibt kein anderer Weg übrig, als die Revolution.“

Kriegsbekanntmachungen.

Der Postverkehr im okkupierten Polen.

In dem besetzten Gebiet von Polen nehmen alle Orte der Kreise Bendzin, Genshokau, Kalisch, Kolo, Konin, Lody, Kielzawa, Kost-Polbanice, Sieradz, Slupca, Turek, Wielun und Wloclawek an dem Postverkehr mit Deutschland teil. Für Orte ohne Postanstalt vermitteln die deutschen Postämter der Kreishauptorte den Verkehr. Nach dem Kreise Slupca befragt die Vermittlung das Postamt in Konin, nach dem Kreise Turek das in Kalisch, nach dem Kreise Kielzawa das in Wloclawek. In der Aufschrift der Sendungen ist stets der Name des Kreises anzugeben.

Gewerkschaftliches.

Der Konflikt in der Gewerkschafts-internationale.

Das Organ der niederländischen Fachverbände, „De Vakbeweging“ nimmt den Protest des „Rasche Slowo“ gegen die Verlegung des Genossen Legien, das internationale Sekretariat aus den Händen zu geben, zum Anlass, die ganze Geschichte der Streitfrage zusammenzufassen. Wir geben hier die wesentlichen Punkte wieder:

Im Januar hatten Jouhaux und Appleton in London eine Besprechung, worin sie zum Beschluß kamen, die Verlegung des internationalen Sekretariats nach Bern für notwendig zu erklären. Ob sie einen dahingehenden Aufrag ihrer Organisationen hatten, ist nicht bekannt. Sie wandten sich hierauf an Gompers, der zustimmte. Ob auf Grund eines Auftrages seiner Organisation, ist der „Vakbeweging“ (d. h. dem holländischen Gewerkschaftssekretär Genossen Dudgeest, von dem diese Mitteilungen herrühren) gleichfalls unbekannt. Vorläufig kann man annehmen, daß bloß eine persönliche Meinungsäußerung vorlag. Der Beschluß wurde mit den Hindernissen begründet, die für die Arbeiter der betroffenen Länder bestehen sollten, nach Berlin zu gehen. Indes hatte Genosse Legien schon im November vorigen Jahres in Amsterdam als Zwischenadresse angewiesen. Von dieser Adresse (der des holländ. Fachverbands) ist wiederholt nachlos Gebrauch gemacht worden, sowohl durch Belgien, Frankreich, England und Amerika als auch durch alle übrigen Länder.

Gompers richtete dann über Holland ein sehr freundliches Schreiben an Legien, um seine Meinung über den Vorschlag zu vernehmen. Legien, der aus der Form des Schreibens schloß, daß es sich um vorläufige Unterhandlungen handle, die vielleicht später zu einem Antrag führen könnten, antwortete Gompers am 11. April in einem Brief, worin er die Anschauung ausdrückte, daß ein solcher Antrag auch einer Konferenz der in London nicht vertretenen Landeszentralen vorgelegt werden müßte. Zugleich sprach er seine Hoffnung aus, daß es dahin im Interesse der nach dem Kriege noch mehr als vorher notwendigen gemeinschaftlichen solidarischen und von gegenseitigem Vertrauen erfüllten Arbeit nicht kommen möge. Zum Schluß ersuchte Legien um Mitteilung, ob ein bestimmter Antrag der Londoner Konferenz vorliege, da dieser natürlich den Landeszentralen vorgelegt werden würde.

Als dieser Brief zur Versendung bereit lag, erhielt Legien die neueste Nummer des englischen Verbandsorgans „The Federationist“, worin das Schreiben Appletons und Jouhaux an Gompers abgedruckt war. Dadurch hatte die Korrespondenz ihren vorbereitenden und freundschaftlichen Charakter verloren und die Frage der Verlegung war, ohne daß ein bestimmter Antrag einer Organisation vorlag, der Öffentlichkeit preisgegeben. Legien sandte dann am 16. April einen neuen Brief, unter Beifügung des am 11. April geschriebenen. Er sagte darin:

„Jetzt bin ich gezwungen, erst Rücksprache mit meinen Freunden zu nehmen. Mein Schreiben, das am 11. hätte versandt werden sollen, gab meine persönliche Meinung wieder. Hierüber wird jedoch wohl einige Zeit vergehen.“

So rasch wie möglich, am 25. April, kam Legien nach Amsterdam, um die Meinung des Genossen Dudgeest über die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Beschlußfassung über die Verlegung zu hören. Legien bestand nachdrücklich auf der Konferenz, Dudgeest widerlegte sich ihr mit aller Kraft, da sie nur Mißverständnisse und Entfremdungen herbeiführen könne. Legien wollte jedoch nicht den Schein auf sich laden, den Vertrauensposten zu behalten, ohne das Vertrauen der Landeszentralen zu besitzen. Eine Versammlung des niederländischen Verbandsvorstandes stimmte Dudgeest zu. Schließlich konnten die von Legien mitgebrachten Einladungen zur internationalen Konferenz nicht versandt werden, indes wurde im Namen des niederländischen Verbandes am 3. Mai an Appleton ein Schreiben gerichtet, das ihn zu einer Besprechung mit den Holländern einlud. Der Schluß des Briefes lautete:

„Diese Angelegenheit ist in einer Sitzung unseres Vorstandes ausführlich besprochen worden und auch Legien hat zum Schluß unsern Vorschlag zugestimmt. Falls Sie nicht bereit oder nicht imstande sein sollten, diese Besprechung abzuhalten — wir hoffen, daß dem nicht so ist — werden wir so rasch wie möglich eine internationale Konferenz ausgeschrieben, so zeitig, daß allen Landeszentralen die Bescheidung möglich sein wird.“

Am 10. Mai kam die Antwort Appletons, deren Schlusssätze lauten:

„Selbst wenn der eine oder andere Vertreter bereit wäre, den Gefahren Trost zu bieten, wäre es doch zwecklos, unsere Leute aufzufordern, einer solchen Konferenz zuzustimmen. Vielleicht ist es möglich, dieselben Dinge in Deutschland oder in den skandinavischen Ländern zu tun, in Großbritannien und Frankreich jedoch besteht eine wirklich demokratische Kontrolle und der Versuch einer Konferenz in der jetzigen Zeit würde eine Verletzung des Gefühls eines Volkes sein, das nicht allein von Abscheu erfüllt, sondern auch fest entschlossen ist, zu strafen. Ich werde die betreffende Korrespondenz mit meinem Vorstand besprechen, bin jedoch überzeugt, daß die Antwort im Augenblick „nein“ lauten wird.“

Jediglich Konferenz wurde also durch Appleton abgelehnt.

Am 14. Mai wurde darauf durch Appleton ein Schreiben an die Landeszentralen gerichtet, worin ein Referendum über die Verlegung der Zentrale nach Bern ausgeschrieben wurde, wo inzwischen für ein „neutrales Personal“ gesorgt werden sollte. Am 26. schrieb der holländische Vorstand eine internationale Konferenz aus, die Ende August oder Anfang September in Amsterdam stattfinden soll.

Die an diese Mitteilungen angeschlossenen Schlussfolgerungen der „Vakbeweging“ lauten:

„Indem Appleton seine Haltung mit der Demokratie vereinbaren kann, von der er spricht, muß er selbst wissen. Zuzulage dem Beschluß der verschiedenen Konferenzen hat das Bureau seinen Sitz in Berlin. Hieran kann nur durch eine Konferenz nach einem diesbezüglichen Antrag etwas geändert werden. Solch ein Antrag ist aber nie gestellt worden. Muß nun Legien, auf Verlangen von jemand, der gerade Lust dazu hat, die Leitung, die ihm durch die vereinigten Länder aufgetragen ist, aus der Hand geben? Das wäre m. E. allzu leichtfertig gehandelt und der Mann, der so etwas täte, würde das Vertrauen nicht verdienen, das in seine Jahre auf seine Umstände und sein Geschick gesetzt

worden ist. Legien hat sich, wie wir gezeigt haben, sofort bereit erklärt, die nötigen organisatorischen Maßnahmen zur ersten Verhandlung von ersten Vorschlägen zu treffen. Dies wurde jedoch von den Engländern und Franzosen abgelehnt, die keine Besprechung wünschten, sondern einfach, ohne jedes Mandat dekretierten, daß das internationale Bureau nach Bern verlegt werden solle. In ein Land ebendrei, das ganz von kriegsführenden Ländern umgeben ist, während Amsterdam von allen Seiten zu erreichen ist und auch erreicht wird.

Wir fügen noch hinzu, daß Dudgeest am 17. und 18. Juli auf Grund der eingelaufenen Antworten der verschiedenen Länder in Berlin Besprechungen abgehalten hat. Diese Antworten lauten derartig, daß in dieser Woche an unsere ausländischen Freunde berichtet werden wird, daß die Konferenz nicht stattfinden wird, da man ihren Nutzen nicht einseht und da ebendrei die Antwort der Schweizer, bei denen das Bureau seinen Sitz bekommen sollte, lautet, daß man dort nicht über die notwendigen Kräfte für ein solches Bureau verfügt und es ebendrei als eine Kränkung für die Deutschen ansehen würde, die sich stets soviel Opfer für die internationale Bewegung auferlegt haben. Wir haben den Eindruck, daß die Schweizer die Sache besser begreifen und in dieser Angelegenheit demokratischer handeln als Appleton oder das „Rasche Slowo“.

Deutsches Reich.

Verband der Branerei- und Mühlenarbeiter.

In unserem Bericht über den oben genannten Verband im Jahre 1914 muß es heißen: „Die Summe der gesamten Unterstützung mit den Anhalten der Lohnbewegungen im Betrage von 78 814 M. (nicht 788 814 M.) betrug in der Hauptklasse 723 616 M. gegen 595 957 M. im Vorjahre usw.“

Rusland.

Die Mitglieder der Unione Sindacale unter den Waffen.

Aus einem Schreiben, das der Sekretär der sozialistischen Zentralorganisation Italiens, der Unione Sindacale, an die Mitglieder richtet, geht hervor, daß sich 80 Proz. der Organisierten unter den Waffen befinden, darunter 50 Proz. als Freiwillige. Der Sekretär Corridoni, der selbst in den Krieg geht, ermahnt die Zurückbleibenden, vor allem die Metallarbeiter, auch in den Fabriken alles für den Sieg der italienischen Waffen zu tun.

Aus Industrie und Handel.

London gegen Hamburg.

Wie „Daily Express“ vom 29. Juli schreibt, äußerte Lord Devonport, Obmann der Londoner Hafenverwaltung, in einer Unterredung mit dem Vertreter des Blattes seine Zuversicht auf die Entwidlung des Hafens von London auf Kosten Hamburgs. Alle begonnenen großen Bauten würden eifrig fortgesetzt. Der Krieg habe Hamburg gelidet. Man müsse dafür sorgen, daß bei Friedensschluß London besser ausgerüstet sei, so daß Hamburg nicht mehr dagegen aufkommen könne. Nach Vollendung der großen Arbeiten wird Londons Hafen seines gleichen nicht haben. Zu diesen Arbeiten gehört z. B. das South Royal Albert Dock, das beinahe fertig ist. Es mißt 4500 Fuß Länge, 500 bis 700 Fuß Breite, 35 Fuß Tiefe und kostet 2 238 288 Pfund. Nach diesem wird ein noch größeres Dock gebaut werden. Die drei West India-Docks werden umgebaut und auf 35 Fuß Tiefe gebracht. Sie werden dann für alle Schiffe zugänglich sein. Die Chemie ist ausgegagert, praktische Kanäle führen zu den Docks. Auch die Docks von Tilbury werden umgebaut, und dort ein großer Landungsplatz errichtet. London soll zugleich der größte Güter- und Passagierhafen werden.

Kriegsgewinn.

Die Mechanische Wecherei in Jittou konnte im letzten Jahre ihren Reingewinn verdoppeln. Er stieg von 101 270 auf 388 870 Mark. Die Dividende wird von 8 auf 10 Prozent erhöht.

Die Akt.-Ges. Anton Reiche (Schokoladenformen- und Blechballagenfabrik) in Dresden schlägt aus 565 722 M. (i. V. 246 800 M.) Ueberschuß für das Jahr 1914/15 10 Proz. Dividende (i. V. 4 Proz.) vor.

Durchgangsverbot für Schweden.

Nach einer Mitteilung der schwedischen Postverwaltung dürfen von jetzt ab Waren, deren Ausfuhr aus Schweden verboten ist, auch im Durchgang durch Schweden mit der Post nicht befördert werden.

Zur neuen russischen Ernte.

Die reichliche Ernte zeigt nach „Den“ vom 24. Juli bereits ihre Wirkung auf die Preise in Petersburg. So sind nach dem Bulletin der Kalkulations-Gesellschaft im letzten Monat die Preise für Roggen um 25 Proz. gefallen (von 1,76 Rubel pro Pud auf 1,30 Rubel). Einen entsprechenden Rückgang zeigten die anderen Produkte.

Ägypten als Weizenanfuhrland.

Die durch den Krieg notwendige gewordene Einschränkung der Baumwollanbaufläche in Ägypten hat nach „Indianian“ vom 30. Juli zu erheblichem vermehrtem Getreideanbau in dieser Kornkammer des Altertums geführt. Man hofft, eine nicht unbeträchtliche Ausfuhrmenge zur Verfügung zu haben, die die indische Regierung jetzt in Händen hat, nur unbedeutend ins Gewicht fallen werden.

Soziales.

Der feindliche Ausländer.

Im Viktoriatheater (früher Sansjoui) werden Varietévorfstellungen gegeben. Das Unternehmen geht aus von der internationalen Artistenloge, welche damit den Jwed verfolgt, ihren Mitgliedern während des Krieges Beschäftigung und Verdienst zu ermöglichen. Angehörige des feindlichen Auslandes sollen aber nach dem Willen der internationalen Artistenloge aus wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht beschäftigt werden. Nun hatte Direktor Kreimayer für das Viktoriatheater ein Trio engagiert, welches aus zwei Damen und einem Herrn bestand. Der für einen halben Monat geltende Engagementsvertrag war nur mit einem Mitglied der Truppe, Fräulein Schulz, abgeschlossen. Nachdem die Truppe etwa acht Tage im Viktoriatheater aufgetreten war, wurde der internationale Artistenloge bekannt, daß der zu dem Trio gehörende Tänzer Estermann ein Russe sei. Zunächst wurde auf Veranlassung der Artistenloge nun das ganze Trio entlassen; als aber die deutsche Nationalität der beiden Damen zweifellos festgestellt war, durften sie weiter tanzen, aber die Entlassung des Herrn blieb aufrechterhalten.

Die Tänzerin Fräulein Schulz klagte nun beim Gewerbeamt auf Zahlung der Wage des entlassenen Tänzers für den Rest der Vertragszeit im Betrage von 28 M. Das ganze Trio erhielt pro Abend 10 M., davon kamen auf die Mägdlein und den entlassenen Russen je 3,50 M. und auf die dritte Dame 3 M.

Der Vertreter des Beklagten bestritt die Zuständigkeit des Gewerbeamtes. Er meinte, die Mägdlein müsse als selbständige Gewerbetreibende angesehen werden, weil mit ihr allein der Engagementsvertrag abgeschlossen war, sie Kostume und Noten zu besorgen hatte und es ihr überlassen war, wie sie sich mit den beiden anderen Mitgliedern des Trios abfinde.

Die Kammer 6 des Gewerbeamtes erklärte sich für zuständig, doch bemerkte der Vorsitzende, die Sache liege hart an der Grenze der Zuständigkeit. In der Sache selbst entschied das Gericht, daß der Beklagte zur Auflösung des Engagementsvertrages berechtigt sei, falls er schwört, daß er beim Abschluß des Vertrages nicht wußte, daß der Artist Estermann Russe ist.

Folgen einer Aneiperei.

Die drei Autscher einer Mineralwasserfabrik machten eines Tages eine fruchtbringende Aneiperei und unterließen es an diesem Tage, die Kunden ihres Chefs mit Ware zu versorgen. Einer der Autscher fuhr in begehren Zustand im Auto bei seinem Chef vor und verlangte seinen Lohn und seine Papiere, was er aber nicht erhielt. Doch war das Arbeitsverhältnis infolge dieses Auftretens gelöst.

Der Autscher klagte nun beim Gewerbeamt auf Zahlung von 42 M. rückständigen Lohn für vier Tage. Der beklagte Geschäftsinhaber beanspruchte von dem Kläger 47 M. für nachgewiesenen Schaden, den der Kläger dem Beklagten durch Nichtbedienung der Kunden verursacht habe. Das Gericht erkannte dahin, daß der Kläger für den Tag, an dem er Aneiperei statt zu arbeiten, seinen Lohn zu beanspruchen habe. Rückständig sei also nur der Lohn für drei Tage. Da nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen über die Lohnbeschlagnahme ein Betrag von 38,46 M. pro Woche, also 19,23 M. für drei Tage, unpfändbar sei, so habe der Beklagte diesen Betrag an den Kläger zu zahlen. — Den Rest von 12,13 M. dürfe er auf den von ihm nachgewiesenen Schaden verrechnen.

Bezahlung des nicht erhaltenden Urlaubs.

Gegen das Wäscheverleihgeschäft von Hartseil klagte beim Gewerbeamt ein Fahrer, der 10 Jahre in diesem Betriebe beschäftigt war und deshalb nach dem geltenden Tarifvertrage schließlich Anspruch auf eine gewisse Urlaubszeit unter Fortzahlung des Lohnes hat. Im vorigen Jahre ist mit Rücksicht auf den schlechten Geschäftsgang im beiderseitigen Einverständnis kein Urlaub gewährt worden, wobei aber vorausgesetzt wurde, daß das Arbeitsverhältnis während des Krieges nicht gelöst werde. Der Kläger ist zum Militär eingezogen, das Arbeitsverhältnis ist dadurch beendet, so daß dem Kläger die für den Verzicht auf Urlaub zu erwartende Gegenleistung entgeht.

Das Gericht (Kammer 7) erkannte den Klageanspruch als berechtigt an und verurteilte den Beklagten, dem Kläger 64 M. zu zahlen.

Unglück auf Unfälle.

Der von uns schon oft gerügte Gleichmut der Arbeiter und Arbeiterinnen kleineren Unfällen keine Bedeutung beizulegen, hat schon oft zur Abweijung der Ansprüche der Verletzten geführt. Es entstehen da nun große Scherereien, nicht immer gelingt es, das Stattfinden eines Unfalls nachzuweisen. Kögen die Versicherten aus beiden nachfolgend geschilderten Fällen die Ruhanwendung ziehen, auch die kleinsten unscheinbaren Unfälle zu melden, sich Zeugen zu sichern.

Der Töpfer G. erlitt am 28. Oktober 1913 dadurch einen Unfall, daß er sich beim Erken eines Ofens den rechten Mittelfinger an einem Nagel der Scheuerleiste ritzte. Drei Tage später drang beim Behauen von glasierten Kacheln ein Splitter in die linke Hand. Es stellten sich Schmerzen ein, die Hand schwoll an. G. mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Dem Arzt als auch dem Arbeitgeber machte G. Mitteilung von beiden Fällen. Die Nordholländische Bauergewerkschaft S. III (Pommern) lehnte den Antrag auf Entschädigung ab, weil nicht einwandfrei erwiesen sei, daß der jetzige Zustand des Fingers auf einen Betriebsunfall zurückzuführen sei. Dagegen spreche die verspätete Unfallanzeige, dann aber auch, daß der Arbeitgeber, der mit G. in der fraglichen Zeit zusammen gearbeitet habe, von einem Unfall etwas weiß. Das Oberverwaltungsamt Berlin gelangte auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ueberszeugung, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß G. die beiden Unfälle im Betriebe erlitten hat. Die Genossenschaft wurde zur Zahlung einer 20prozentigen Rente verurteilt.

Der zweite Fall war ähnlich gelagert. Hier handelt es sich um einen Metallarbeiter A., der allein in einem Raum mit dem Betriebsleiter von Messingabfällen beschäftigt war. Am 29. Dezember 1913 ritzte sich A. einen Messingsplitter in die Gruppe des linken Taumens. Nach einigen Tagen eiterte die Wunde, es mußte operativ eingegriffen werden. A. hatte sofort seiner Ehefrau, dann dem behandelnden Arzt und auch dem Arbeitgeber Mitteilung gemacht; diesem erst am 8. Januar. Die Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik wies den Anspruch des A. auf Entschädigung ab, weil Augenzeugen des Unfalls nicht vorhanden, A. auch niemand unmittelbar nach dem Unfall von diesem Mitteilung gemacht habe. Auf eingelegte Verurteilung verurteilte das Oberverwaltungsamt Groß-Berlin die Genossenschaft zur Zahlung einer Rente von 25 Proz. Das Oberverwaltungsamt hat aus den geschilderten Umständen die Ueberszeugung gewonnen, daß ein Betriebsunfall vorliegt, dies um so mehr, als der Vertrauensarzt des Amts erklärte, daß die Zeit vom 29. Dezember bis zum 4. Januar ausreiche, bei derartigen Verletzungen durch Blutergüsse eine Entzündung entstehen zu lassen.

Beide Verletzte sind noch zu ihrem Recht gekommen. All die Scherereien und Aufregungen wären ihnen aber erspart geblieben, wenn unsere eingangs ausgesprochene Mahnung beherzigt worden wäre.

Gerichtszeitung.

Urkundenfälschung.

Eine unüberlegte Tat, die er im Kerker über eine gegen ihn zu Unrecht erstattete Anzeige begangen hatte, führte gestern den Bauerngutbesitzer Bernhardt Seeger unter der Anklage der Urkundenfälschung vor die Ferienstrassammer des Landgerichts III.

Bei dem Angeklagten, der Besitzer eines größeren Bauernguts in der Nähe von Berlin ist, erschien eines Tages ein Gendarmerteilwachtmeister und nahm eine Revision der vorhandenen Brotgetreide- und Rehlbestände auf. Die S. half in Erfahrung brachte, was diese Revision auf eine gegen ihn erstattete anonyme Anzeige zurückzuführen. Er vermutete sofort, daß die Anzeige von einem Säbner und Rehlhändler ausgegangen sei, mit dem er seit längerer Zeit in Feindschaft lebte. Er beschloß sich für den ihm gespielten Streich zu rächen. Einige Tage später lief bei dem Amtsvorsteher eine mit „Bäckermeister Poppe“ unterzeichnete Anzeige gegen den Rehlhändler ein, in welcher behauptet wurde, dieser hätte mehr Rehl verkauft als ihm erlaubt sei, außerdem habe er eine falsche Bestandaufgabe abgegeben, so daß der eine Einwohner zu viel Rehl, der andere gar nichts erhalten habe. In dem Bureau des Amtsvorstehers wurde sofort durch Vergleichung mit anderen Schriftstücken festgestellt, daß die Anzeige von dem Angeklagten, der eine besonders charakteristische mit feiner anderen zu vergleichende Handschrift hat, herrühre. — In dem Vorverfahren bestritt S. ganz energisch, den Brief geschrieben zu haben, so daß der gerichtliche Schriftführer die Angelegenheit Kriminalkommissar Dr. Schneider mit der Abjagung eines Gutachtens beauftragt wurde. In der geistigen Verhandlung gab S. das Zeugnis an und legte ein offenes Geständnis ab. Die Verteidiger boten, die niedrige gesetzliche Strafe in Anwendung zu bringen, da der Angeklagte gerade an jenem Tage die Mitteilung erhalten hatte, daß einer seiner drei im Rehl stehenden Söhne gefallen sei. Das Gericht kam zu einer milden Auffassung der Sache und erkannte auf die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von einem Tage Gefängnis.

Politische Uebersicht.

Ein neues Kriegsziel.

Graf Reventlow erörtert in der „Deutschen Tageszeitung“ die Zukunft des neuen Dreibundes, Deutschland, Oesterreich-Ungarn-Litauen, der nicht nur für den Krieg geschlossen sein dürfte, sondern auch über den Krieg hinaus dauernden Bestand haben müsse.

Es ist klar, daß die während der letzten Monate immer energischer öffentlich erhobene Forderung einer Verbindung zwischen Ungarn und dem Türkischen Reich ebensoviele eine Forderung ist, wie das deutsche und österreichisch-ungarische Bündnis mit der Türkei ein Eintragsbündnis ist.

Leider gibt Graf Reventlow nicht näher an, wie er sich diesen Reich denkt, der Oesterreich-Ungarn in direkte Verbindung mit der Türkei bringen soll.

Zur Frage der Lebensmittelversorgung.

Einer Mitteilung aus der badischen Landtagsfraktion entnehmen wir folgendes:

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion Badens befaßte sich in einer am 30. Juli abgehaltenen Sitzung mit der gegenwärtig herrschenden Teuerung, sowie der Lebensmittelversorgung überhaupt.

Freiherr von Bodman gab auf alle die vorgetragenen Anregungen Antwort und teilte mit, daß seitens der Staats- und Reichsbehörden, sowie der unteren Verwaltungsorgane alles geschehe, um ungerechten Preistreibern ein auf dem Lebensmittelmarkt entgegen zu wirken.

Besüglich der Kartoffelversorgung wurde mitgeteilt, daß wir mit einer überaus günstigen Ernte zu rechnen hätten, der Preis dürfte den gewöhnlichen Friedenspreis der letzten Jahre nicht wesentlich übersteigen.

Zur Fleischversorgung sind seitens des Reiches, sowie der Bundesstaaten, die Festsetzung der Verhältnisse entsprechend Preise in Aussicht genommen. Ein Höchstpreis für Milch, der nicht mehr als 28 Pf. pro Liter betragen darf, sei für Baden bereits festgelegt.

Außerdem wurde noch mit dem Minister über Klagen, welche sich bei der Unterstüßungsgewährung herausgestellt haben, verhandelt, und in allen Teilen, soweit es sich um gewisse Härten handelt, Abhilfe zugesagt.

Eine Erhöhung der Unterstüßungssätze für die Kriegerfrauen

fordert dringend in einer Eingabe an die badische Regierung und an den Reichstag das Gewerkschaftskartell Freiburg i. B. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die meisten Kriegerfrauen bereits an Unterernährung leiden, da sie in der Hauptsache von Suppen, Kaffee und Brot leben.

Gewährung von Teuerungszulagen an die städtischen Arbeiter und Angestellten von Straßburg i. Els.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Straßburg i. Els., hat am 20. Mai 1915 eine Eingabe an den Straßburger Gemeinderat gerichtet mit dem Antrage, den städtischen Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren.

ledige und Witwer ohne Kinder 4 M. monatlich
Verheiratete 6
Für jedes Kind 3

Arbeiter mit einem Jahreseinkommen über 2000 M. sind von der Gewährung der Zulage ausgeschlossen. Jahresverdienst und Teuerungszulage sollen den Betrag von 2000 M. nicht übersteigen.

Kriegsauschuß der Hausbesitzer.

Der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer Deutschlands ist am Sonntag in Halberstadt zu einer Kriegssitzung zusammengetreten. Die Verhandlungen, die sich besonders auf die Rolle der Hausbesitzer beziehen, sind streng geheim.

entsenden, sondern sollen einen Bericht des Generalsekretärs entgegennehmen.

Die „Boissche Hg.“ kann aus den geheim geführten Verhandlungen des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands dennoch folgendes mitteilen:

Man forderte unter anderem eine Erweiterung der Mietunterstützung; vor allem soll die Gewährung von Mietunterstützungen zukünftig nicht von einem Mietsnachlaß abhängig gemacht werden.

Mit diesen Wünschen werden die Grundbesitzer freilich kein Blüd haben.

Die übermächtige Konkurrenz der Großbetriebe.

Beim Wiederaufbau in Ostpreußen sind die Behörden bemüht, vor allem die einheimischen Handwerker und Gewerbetreibenden mit Aufträgen zu unterstützen, um dem Handwerk wieder zur Blüte zu verhelfen.

Aus mehreren teilweise zerstörten Städten wird mir berichtet, daß auswärtige Händler, zum großen Teil von Warenhäusern und Wägaren vorgeschobene Persönlichkeiten, die wenigen noch in brauchbarem Zustande befindlichen oder leicht in solchen zu sehenden in günstiger Verkehrswege liegenden Lagerräume der Städte zum Teil zu verhältnismäßig hohen Preisen den bisherigen Inhabern fortmieten.

Der Oberpräsident führt weiter aus, daß sich staatliche Zwangsmassnahmen gegen diese verhängnisvolle Entwicklung nicht treffen ließen. Er empfiehlt aber den Zusammenschluß der in Betracht kommenden Bürger und den „Eindringlingen“ keine Läden zu vermieten.

Die „verhängnisvolle Entwicklung“ führt zur Verdrängung der Kleinbetriebe trotz aller behördlichen Massnahmen, und selbst der Oberpräsident muß eingestehen, daß praktische Erfolge bei Bekämpfung dieser Entwicklung nur schwer zu erzielen sein werden.

Eine sonderbare Zumutung.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt in ihrer Sonnabendnummer unter der Ueberschrift „Berichterstattung vom Ballan“:

Die deutsche Presse sollte grundsätzlich in diesen Zeiten Darstellungen der französischen, russischen, italienischen und englischen Presse über Ereignisse und Zustände in den neutralen Balkanländern ihre Spalten verschließen.

Wie kommt die „Kölnische Zeitung“ dazu, sich als Mentor der gesamten deutschen Presse aufzuspielen? Ganz abgesehen davon, daß die führende deutsche Presse genügend Verantwortlichkeitsgefühl besitzt, um die Darstellungen der ausländischen Presse kritisch zu bewerten, gibt es, glauben wir, genug innerer Einschränkungen, als daß man sich die ungeborenen Ratschläge innerer Zensoren gefallen zu lassen brauchte.

Gegen Lissauer's Hahngesang.

Die „Kölnische Volkszeitung“ findet zum Beginn des zweiten Kriegsjahres in ihrem Gedankartikel, daß der Hahngesang christlich sei und daß es sich ziemele, „unser Herz zu erforschen, ob wir solchen Hahngesang fern hielten“.

Wir will scheinen, daß wir heute zu einer ruhigeren Auffassung und zu einer maßvolleren Beurteilung durchgerungen haben. Ein christlich empfindender Mensch kann doch heute den Lissauer'schen Hahngesang gegen England nicht ohne innere Widerstreben lesen — auch angesichts alles dessen, was uns England zugefügt hat und noch zufügt.

Diesem Wunsche entsprechen wir gerne. Haben wir uns doch von der Erkenntnis, die jetzt dem christlichen Blatte aufdämmert, auch während des Krieges nie entfernt.

Der hier ausgesprochenen Anregung, den erwähnten Hahngesang aus Büchern, die für die Jugend bestimmt sind, fernzuhalten, muß man durchaus zustimmen. Wollte man in dem an sich schon mit Erbitterung gefüllten Völkerkriege schon die Jugend mit leidenschaftlichen Hahngesängen nähren, so würde dies für die Zukunft noch unabsehbare Folgen haben.

Nur noch „die Lüge und Verleumdung, mit der die englische Regierung uns bekämpft“, will die „Kölnische Volkszeitung“ weiter lassen.

Landtagsabgeordneter Münsterberg gestorben.

Wie die „Danziger Zeitung“ meldet, ist gestern Abend der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Rommerzienrat Otto Münsterberg im 62. Lebensjahre verstorben. Er gehörte dem Abgeordnetenhaus von 1903 bis 1908 und auch in der gegenwärtigen Legislaturperiode an.

Aus der Partei.

Ueber Wahrheitssiebe.

In der letzten Nummer des „Correspondenzblattes der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands“ lesen wir folgende „Liebenswürdigkeit“:

Kautsky und die Gewerkschaften. Zu der Polemik zwischen Legien und Kautsky im „Vorwärts“ über die „Reinungsfreiheit der Gewerkschaften“ hatte Robert Schmidt auf die Stellung Kautsky's gegenüber den Gewerkschaften in der Brandenburger Delegation auf dem Mannheimer Parteitage aufmerksam gemacht.

Der Redakteur des „Correspondenzblattes“ scheint doch keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, ohne sich an der von ihm so „geliebten“ „Vorwärts“-Redaktion und Prekmission“ zu reiben. Zur Feststellung der Wahrheit wollen wir mitteilen, daß wir die Erklärungen der Genossen Legien und Rob. Schmidt gegen Kautsky wörtlich abgedruckt haben.

Wir erhielten in der gleichen Angelegenheit eine längere Zuschrift des Genossen Brüdner, in der die Auffassung des Genossen Robert Schmidt bestätigt wird.

Wir nehmen natürlich an, daß nur ein Versehen den um die „Feststellung der Wahrheit“ so eifrig sich bemühenden Redakteur des „Correspondenzblattes“ daran gehindert hat, die letzte Bemerkung abzuenden.

Zu der Erklärung des Genossen Braun über den Pommer'schen Parteitag bemerkt der „Stettiner Volksbote“:

Gegen den Vorwurf des wenig lokalen Handelns müssen wir die Unterzeichner in Schutz nehmen. In der Besprechung mit Bezirksvorstandsmitgliedern hat man der Anregung, durch Unterschriften die Meinungen festzustellen, keine Bedeutung beigegeben. Jedenfalls hat aber die Versammlungsleitung nicht bekannt gemacht, daß jede Art der Feststellung der Meinungen unterbleiben soll.

Berichtigung. In die Sympathieumgebung der Genossin Zieh für die Genossin Zeilin hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. In dem einleitenden Satz muß es anstatt: „Wie enormen Anteil“ heißen: „Wie warmen Anteil“.

Professor Salvemini als Kriegsfreiwilliger.

In italienischen Parteireisen hat man wiederholt Gelegenheit gehabt, sich mit dem Professor der Geschichte, Gaetano Salvemini, zu beschäftigen. Salvemini hat lange Zeit der Partei angehört, und zwar dem ängstlichen rechten Flügel.

Aus den Organisationen.

Eine Konferenz des Kreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg, welche am Sonntag, den 8. August 1915, tagte, in welcher 44 Ortsvereine mit 127 Delegierten vertreten waren, nahm nach Referaten der Genossen Ebert und Haase und nach ausgedehnter Debatte gegen 11 Stimmen eine Resolution an, in der es abgelehnt wurde, sich mit der bisherigen Haltung der Parteinstanzen zu befassen.

Auch die Zeitung der Parteiorganisation im Schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis ließ die Zielungsnahme der Genossen zum Parteistreit feststellen und in allen größeren Orten zu diesem Zweck Mitgliederversammlungen abhalten.

Aus Groß-Berlin.

Verwundete bei den Ferienspielen im Plänterwalde.

Verwundete des Lazarets „Pfalzburg“ machten dieser Tage einen Ausflug nach Treptow und wurden Zeuge der Ferienspiele im Plänterwalde. Die Kinder luden ohne viel Federlesens die Verwundeten ein und Lehrer und Lehrerinnen stimmten freudig zu. Sofort wurde Kaffee gekocht, und was noch von den Kriegsgemmeln da war, an die Soldaten verabreicht. Zahlreiche Kinder verzichteten zugunsten der Verwundeten auf eine Kriegsgemmel und holten auch sonst herbei, was vorhanden war, wie Marmelade, auch Zigaretten wurden herangeschafft.

Besondere Freude bereiteten den Verwundeten die gemeinsam vorgetragenen Gesänge, die alldeutschen Bauerntänze, die Pyramiden usw. Als schwachen Dank für die Gastfreundschaft erhalten wir folgende Zeilen mit der Bitte um Abdruck:

Dem Lehrkollegium, Schwestern und Schülern des Ferienspielflages „Plänterwald“ in Dankbarkeit gewidmet von den Verwundeten des „Sanatoriums Pfalzburg“:

Ein Sommertag, heiß glüht die Sonne,
Kein Wölkchen sich am Himmel baht.
Doch heißer glüht's Gesicht voll Sonne
Der Kleinen hier im „Plänterwald“.
Was das ein liebevolles Regen,
Ihr ludet euch die Kleinen ein,
Um sie mit Schrippen zu versorgen,
Sich ein'ge Stunden zu erfreuen.
Ihr habt gesammelt Liebesgaben,
An uns verteilt, damit beglückt,
Kaffee gekocht, und d'r an zu laden,
Mit Eichen, Blumen uns geschmückt.
Der eine bracht' aus Vaters „Räpchen“,
Ein and'r sammelte zu Haus
Mit Schmeicheln und mit kleinen Bischen
Bacht ihr „erlaubt“ die „Sparbüchse“ aus.
Das Geben war euch ein Vergnügen,
Es war zu sehen und zu hören,
Es stand in euren blauen Blicken,
Was ihr gegeben, — gabt ihr gern!
Ein schöner Tag, das will ich meinen,
Für euch, für uns! Nicht wahr? Darum
Nehmt unsern Dank, ihr lieben Kleinen,
Dank auch dem Lehrkollegium.
Wir alle — Schwestern, Kameraden,
Vergeßen sicher nicht sobald
Den Tag, da wir zu Gast geladen,
Vom „Ferienspielflag Plänterwald“!

Ein Fest der Groß-Berliner Arbeiterjugend in erster Zeit

war der am vergangenen Sonntag stattgefundene Massen-ausflug. Schon frühmorgens brachen die Jugendlichen allerorts auf, um dem Festplatz zuzuwandern, der sich im schönsten Waldesgrün in der Nähe vom Restaurant Sausouci bei Kauffeld-Str. befand. Dort entwickelte sich denn auch, obwohl das eigentliche Fest erst am Nachmittag beginnen sollte, schon in den Vormittagsstunden ein lebhaftes Treiben. In kleineren und größeren Trupps kamen immer neue Scharen von Jugendlichen an. Daneben fanden sich auch viele Erwachsene ein, um im Kreise der Jugend einige frohe Stunden zu verleben. Sogar die feldgraue Farbe war vertreten. Ist doch auch von den älteren Jugendlichen in letzter Zeit so mancher zum Heeresdienst einberufen worden, der nun die Gelegenheiten wahrnahm, hier nochmals die Erinnerung an die liebgelebte Tätigkeit in der Bewegung im wahren Sinne des Wortes ausleben zu lassen.

Das Fest selbst begann gegen 3 Uhr nachmittags. Überall bildeten sich größere und kleinere Gruppen von Jugendlichen, die Gesellschafts- und Ballspiele ausführten. Dazwischen ließen Mandolinenspieler ihre fröhlichen Aeffchen erklingen. Überall herrschte muntere, echt jugendliche Geschäftigkeit. Die meisten Teilnehmer sah man in leichter, heller Kleidung, sowohl Burken wie Mädchen, ohne daß aber dabei irgend etwas anständig wirken konnte. So mancher Erwachsene, der an dem munteren Treiben seine Freunde hatte, mag dabei wohl mit Wehmut an seine eigene Jugendzeit gedacht haben, zu der es noch keine Jugendbewegung gab und damit auch nicht die Gelegenheit, so zwanglose und doch inhaltsreiche Stunden zu verleben.

Den Höhepunkt erreichte das Fest mit dem Auftreten des Berliner Sängerkörpers, der unter Leitung des Chormeisters W. D. eine Anzahl gut ausgewählter Lieder zum Vortrag brachte. Den ersten Teil bildete „Weihe des Gesanges“, „Lied Jolefson“ und „Ich warte dein“, dann folgten Volkslieder, zuletzt der „Jäger aus Kurpfalz“, die alle wirkungsvoll vorgetragen wurden. Die Sänger ernteten so stürmischen Beifall von den jugendlichen Hörern, daß noch eine „Zugabe“ folgen mußte. Dem gefangenen Teil folgten dann wieder sportliche Veranstaltungen, geleitet von Mitgliedern des Turnvereins Fichte. Allzu schnell waren die wenigen in der jetzigen Zeit doppelt wertvoll empfundenen Stunden vergangen und gar bald brach der Abend herein, der zum Aufbruch mahnte.

Der launische Wettergott sandte zwar im Laufe des Tages einige feuchte „Ueberraschungen“, die aber schnell vorübergingen und infolgedessen mit Humor aufgenommen wurden. Die Feststimmung konnte dadurch nicht beeinträchtigt werden, zumal dann zum Spätnachmittag und Abend der Himmel ein recht gnädiges Gesicht zeigte.

Das starke Schuttmannaufgebot, das mit schier unermüdlicher Geduld den ganzen Tag über auf dem Plage standhielt, erwies sich als eine gänzlich überflüssige Maßnahme, da die ganze Veranstaltung mit ihrem sportlichen und geselligen Charakter doch nur der körperlichen und geistigen Erleichterung der arbeitenden Jugend diene.

An dem Massenausflug beteiligten sich etwa 2000 Personen. Der Verlauf dieser Veranstaltung ist ein schöner Beweis dafür, daß die arbeitende Jugend Groß-Berlins trenn zu ihrer Bewegung hält und auch in der jetzigen ersten Zeit ihre Feste würdig zu feiern versteht.

Rückkehr der Ferienreisenden.

Die Rückkehr der Ferienreisenden setzte bereits am Sonntag ein, namentlich auf dem Potsdamer und Anhalter Bahnhof war der Verkehr ein außerordentlich starker. Besonders waren die Gargbäderzüge überfüllt, so daß während des ganzen Sonntags Vorzüge in Anspruch genommen werden mußten. Auffallend schwach dagegen war der Verkehr auf dem Lehrter und Stettiner Bahnhof, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß infolge des ungünstigen Wetters an der Ost- und Nordsee die meisten Ferienreisenden ihren Aufenthalt am Badestrande wesentlich abgekürzt haben und schon Anfang der vorigen Woche nach Berlin zurückgekehrt sind. Für unsere Droschken-gelährte brachte die Rückkehr der Ferienreisenden die Ernte. Auch Straßenbahnen und Omnibusse nahmen mit Rücksicht auf den unzureichenden öffentlichen Droschkenfuhrpark Passagiere mit Geduld mehr als sonst auf.

Ankauf von Kunstwerken für die Stadt Berlin.

Die Jurie der städtischen Ankaufskommission der städtischen Kunstdeputation trat gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reiche in der zweiten Abteilung der Großen Berliner Kunstausstellung, die in den nächsten Tagen eröffnet wird, behufs Ankaufs von Kunstwerken für die Stadt Berlin zusammen. Es wurden angekauft: die Delgemälde von Paul Plonke: „Lichtgesellschaft“, Fritz Geber: „Winternachmittag“, Ernst Blagel: „Im Stadtpark“, Kurt Albrecht: „An der Potsdamer Brücke“; ferner eine Plastik von Ernst Kreefe: „Goetkopf“, sowie die graphischen Arbeiten von Julius Turner: „Kopf eines Arbeiters“, Martin Philipp: „Drei Gauer“, Karl Brendel: „Walter von der Vogelweide“, Emma Beermann: „Frühlingmorgen“, und Wilhelm Kahlhoff: „Siegesnachricht in der Kleinstadt“.

Tödlicher Unfall eines Landwehmanns.

In der Kaiser-Allee in Wilmersdorf wollte am Sonntag nachmittags gegen 2 Uhr der Wehmann Pöhlke unmittelbar vor einem in der Richtung nach dem Zoologischen Garten verkehrenden Straßenbahnzug der Linie F das Gleis überqueren. Da der Führer den Zug trotz energischer Bemühungen auf so kurze Entfernung nicht mehr zum Stehen bringen konnte, wurde P. umgestoßen. Bei dem Sturz auf das Straßenpflaster erlitt der Landwehmann einen Schädelbruch, an dessen Folgen er auf der nächsten Unfallstation, wohin er gebracht worden war, starb.

Der falsche Butterhändler.

Ein Butterhändler eigener Art wurde von der Neulöchner Kriminalpolizei festgenommen. Zweiggeschäfte einer hiesigen Großhandlung erhielten, wie wir mitteilen, Käse geliefert, die statt Butter nur Sand enthielten. Sie nahmen diese Käse um so eher ohne sofortige Prüfung des Inhalts an, weil der „Eyprehbote“ angab, daß er einen eiligen Auftrag des Hauptgeschäftes ausführe. So kam der Schwindel erst am den Tag, wenn man das Käse zum Verkauf des Inhalts öffnete. Der Vortag, dem die Lieferung begabigt worden war, hatte längst das Weite gesucht. Jetzt gelang es der Kriminalpolizei, den Schwindel aufzudecken. Der „Eyprehbote“ entpuppte sich als ein Buchhalter D. aus dem Norden Berlins, der früher bei der Großhandlung angestellt war, vor einiger Zeit aber nach Unterschlagung von 6000 M. entlassen wurde. Das Geschäft hatte damals die Veruntreuungen nicht angezeigt, weil D. bestimmt versichert, daß er das Geld noch und nach zurückzahlen werde. Statt dessen betrug er nun auch noch die Zweiggeschäfte. Die Kriminalpolizei führte ihn dem Untersuchungsrichter vor.

Aus der Chronik der Feuerwehr. Völligglückselig wurde am Sonntagabend, als das Café „Waterland“ am Potsdamer Platz dicht besetzt war, die Berliner Feuerwehr herbeigeholt. Das Publikum blieb zum Glück ruhig und amüsierte sich über die laufende Beir. Diese rühte um 10 Uhr, nachdem keine Gefahr und der Täter zu ermitteln war, wieder ab.

Am Montagvormittag brannten in der Dragonerstraße 49a Möbel, alter Hausrat und die Dachkonstruktion, weshalb tüchtig gelöscht werden mußte. In den Bergmann Elektrizitätswerken in der Ludenader Straße war gestern die Ankerumwicklung eines Drehstrommotors in Brand geraten. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden. Wegen eines Wasserrohrbruchs erfolgte ein Alarm aus der Rheinberger Straße 28. Holzstößen brannten in der Triftstraße 45 und ein Zigarrenladen in der Warikauer Straße 45. Am Luisen-ufer 88 mußte ein Wohnungsbrand und am Billinger Ufer 2 ein Kellerbrand gelöscht werden.

Herrfeld-Theater. Mit dem Beginn des vierundzwanzigsten Spieljahres am letzten Sonnabend war ein familiärer Akt verbunden. Donald Herrfeld, durch mehrmonatige schwere Krankheit von jeder Tätigkeit fern gehalten, spielte wieder mit seinem Bruder Anton zusammen. In dieser gemeinschaftlichen Wirksamkeit wird mit Recht eine der stärksten Eigenmächtigkeiten erblickt, auf die sich das Herrfeld-Theater seit Anbeginn stützen durfte. Das andere gleichwichtige Merkmal pflegten die beiden Charakterkomiker hinsichtlich ihrer Hauptfiguren „auf den Leib geschriebenen“ Hauskomödien zu bilden.

Diesmal überraschte man die zahlreichen Freunde des Herrfeld-Theaters durch eine „schlagene“ Gesticke „Benjamin in a h i a l l e s“. Wenzel Duart, Inhaber einer Käsefabrik draußen im Bereich der Miesfelder, hat zwei Millionen Quarkkäse an die Heeresverwaltung geliefert. Sotane Lieferung wird aber zurückgeschickt, einmal ihres süßen Duftes wegen und dann weil Herr Wenzel Duart Niedergang seiner eigentlichen Bestimmung erlangt. Das ist nun gerade der Grund, warum der Sojuz besagter Käsefabrik von seinem adeligen Schwiegervater gedrängt wird, auszutreten — und zwar unverzüglich. Kurt Baumfeld hat kürzlich ein Kind vom Tode des Ertrinkens gerettet und dafür die Rettungsmedaille erhalten. Das wäre ja gut und schön, hätte nicht eine Zeitung die „Firma Duart u. Co.“ für obige „Helident“ belobigt. Während nun hierin Herr Baumfeld ganz richtig eine nicht mißverständliche Anempfehlung vermutet, erblickt Wenzel Duart in der Rettungsmedaille ein Objekt von großer reklamehafter Bedeutung für die Firma. Und, wenn Baumfeld außer Verzicht auf sein Einlagekapital und Zahlung einer beträchtlichen Entschädigungsumme noch die ihm verliehene Rettungsmedaille auf das Fabriksunternehmen überträgt, will es Wenzel Duart zufrieden sein. Sein Freund, der Maler Benjamin, belehrt ihn nun, daß er kein Anrecht auf die Rettungsmedaille geltend machen könne, erbietet sich aber, Herrn Wenzel zu dieser Auszeichnung zu verhelfen. Am Schwärzensee soll dieser Akt ins Werk gesetzt werden. Ueberhaupt sind sie beide, was man so sagen kann, „überandibelt“ Leute. Und das Spitzigste daran ist, daß sie alle andern für verrückt halten. Hieraus entspringen die merkwürdigsten Kontraste dieser einer „wahren Begebenheit“ nachgedichteten Tragikomödie. Man unterhält sich also vortrefflich bei Herrfeld!

Straßensperrung. Die Potsdamer Straße wird zwischen Bülowstraße und Palaststraße wegen Gleisverneuerungsarbeiten bis auf weiteres für den durchgehenden Fußverkehr gesperrt.

Kleine Nachrichten. Der Selbstmord eines Brasilianers wird aus dem alten Westen der Stadt gemeldet. In einem Hotel in der Gegend des Potsdamer Bahnhofes wohnte seit einiger Zeit ein 26 Jahre alter Dr. med. Fernando Leal de Sapereira aus Bahia. Der junge Mann ging öfter auf mehrere Tage weg, und so fiel es auch nicht auf, daß er sich in den letzten Tagen nicht sehen ließ. Als man jedoch gestern nachmittags sein Zimmer betrat, fand man ihn tot auf. Neben der Leiche stand ein Glas, aus dem der Gast ein Gift getrunken hatte, dessen Art noch nicht festgestellt ist. — Beim Abspringen von der Elektrischen glitt der 70jährige Kaufmann E. Hauser, Potsdam, Charlottenstr. 95 wohnhaft, in der Nähe des Hauptbahnhofs aus und fiel demohnen unglücklich, daß er sich eine Gehirnerschütterung zuzog, die seine Ueberführung nach dem städtischen Krankenhaus notwendig machte. Das Befinden des Verunglückten ist inzwischen gebessert. — Mit Was vergiftet hat sich eine Frau in einem Hotel der nördlichen Friedrichstadt.

Aus den Gemeinden.

Städtischer Fleisch- und Margarineverkauf in Charlottenburg.

Einen ansehnlichen Umsatz hat der von der Stadt eingerichtete und am 15. Juni d. J. begonnene Verkauf von Fleisch und Fett gezeigt. An 19 Verkaufstagen wurden bis zum 2. August im ganzen Waren im Betrage von 1/4 Million Mark umgesetzt. Der

Verkauf von Speck und Schinken belief sich auf 64 471 Kilogramm. Von Rindfleisch wurden 40 046 Kilogramm, zumal also 104 517 Kilogramm abgesetzt. Hierzu kommen noch 1408 Kilogramm Margarine. Neben diesen Artikeln, deren Verkauf unverändert weiter fortgesetzt wird, soll demnächst auch derjenige von Gefrierfleisch sowie später von Reis und Hülsenfrüchten aufgenommen werden.

Die Kinderveranstaltungen in Neutölln finden von jetzt ab wieder regelmäßig Mittwochs auf dem Turnplatz der freien Turnerschaft statt. Treffpunkt 2 Uhr am Wildenbrunnenplatz (Eisenstieg). — Bei der Schlußfeier am Sonnabend ist ein Regenkleim gefunden worden, der im Bureau des Wahlvereins, Redarstr. 8, abgeholt ist.

Parteiveranstaltungen.

Dritter Kreis. Für die 2., 3. und 4. Abteilung findet ein gemeinschaftlicher Jahrlabend im großen Saale des Generalkonsulats statt. Zu diesen Abteilungen gehören die Bezirke 141a—144 und 234, 235 und 240 bis 249a. Vortrag des Reichstagsabg. Otto Bächner.

Pankow. Der gemeinsame Jahrlabend für die Gruppen 1, 2, 7, 8 findet bei Bahmann, Kreuzstr. 14, für die Gruppen 3, 4, 5, 6, 17 bei Schulz, Breitenstr. 2, für die Gruppen 9, 10, 14, 18 bei Klendroth, Röhrenstraße 29, und für die Gruppen 11, 12, 13, 16 bei Rood, Kaiser-Friedrich-Straße 53, statt.

Nordend-Neberich-Souhaußen-West. Sämtliche Bezirke: Jahrlabend im Lokal von Mühlbrodt, Vortrag.

Mitglückede. Mittwoch, den 11. August d. J., abends 8 Uhr, im Lokal von Schäfer, Schirmerstraße; Gemeinamer Jahrlabend. Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten. Bericht von der Kreis-Generalversammlung. Diskussion.

Rechnungsdorf. Mittwoch, den 11. August, abends 7/9 Uhr: Mitgliederversammlung in „Villa Kohl“, Tagesordnung: Rechnungslegung des Kreisere. Berichterstattung von den beiden Kreis-Konferenzen und der Frauenkonferenz von Groß-Berlin. Diskussion und Vereinsangelegenheiten.

Seglin. Am Mittwoch, den 11. August, finden die vereinigten Jahrlabende statt, und zwar für sämtliche Bezirke bei Schellhase, Altonstr. 15a. Nur der 11. und 12. Bezirk trägt bei Jachob, Stephanstr. 9. Allezeitiges Erschienen bringen erwünscht. Es ist Gelegenheit geboten, dort Beiträge abzugeben.

Wiederfelde. Mittwoch, 8/9, Uhr bei Bahndorf, Bäckstr. 7: Gemeinamer Jahrlabend. Bericht von der Kreiskonferenz.

Oberhönoweide. Mittwoch, den 11. August, abends 8/9 Uhr: Einzeljahrlabend in den bekannten Lokalen.

Aus aller Welt.

Notakt der Hausfrauen.

Immer häufiger werden die aus den verschiedensten Städten Deutschlands mitgereichten Fälle, in denen die Hausfrauen ihrer gerechten Empörung über die enorm gestiegenen Lebensmittelpreise Ausdruck geben.

So wurden kürzlich die Schweinfurter Hausfrauen berart von den Butter- und Eierhändlern überfordert, daß sie kurzerhand einen vernichtenden Angriff auf die Marktstände machten. Es entwickelte sich eine richtige kleine Schlacht. Man bewarf die Verkäufer mit den Eiern, und große Klumpen Butter flogen wie Geschosse durch die Luft. Erst als die Polizei eingriff, gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Große Mengen Butter und viele Hunderte von Eiern bedeckten das Kampffeld.

Freispruch in zwei Spionageprozessen.

Nach längeren Verhandlungen haben am 27. Juli zwei Spionageprozesse in Bari und in Ancona mit dem Freispruch der Angeklagten geendet. In Bari waren fünf Mönche beschuldigt, dem Feinde Lichtsignale gegeben zu haben, die diesem bei dem Bombardement der Stadt zur Orientierung gedient hätten. Der Staatsanwalt selbst überzeugte sich aber während der Verhandlung von der Unhaltbarkeit der Schuldbehauptung und beantragte den Freispruch, der wegen Nichtbestehens der zur Last gelegten Tat erfolgte. In Ancona stand die Sache des Angeklagten, des Priesters Garbati, weit ernster. Auch er sollte Lichtsignale gegeben haben. Der Vertreter der Anklage in der vor dem Militärgericht stattgefundenen Verhandlung beantragte die Todesstrafe. Nach zweifelhafter Beratung fällt das Gericht ein freisprechendes Urteil wegen ungenügenden Schuldbeweises.

Vergrutsch in der Schweiz.

In einem Steinbruch oberhalb Naron, der das Material zum Umbau eines Tunnels der Lötschbergbahn liefert, erfolgte ein gewaltiger Vergrutsch. Von den dort beschäftigten 80 Arbeitern konnten sich 21 rechtzeitig in Sicherheit bringen. 9 wurden unter den Felsblöcken begraben und getötet. Die Verunglückten sind meist Familienväter, 7 Schweizer und 2 Italiener. Der Abbruch erfolgte 800 Meter von der Bahnlinie entfernt. Der Betrieb der Lötschbergbahn erleidet keine Störung.

Die widerrechtlichen Dorfbewohner. Daß fast die gesamten Bewohner eines Dorfes unter Anklage gestellt sind, weil sie ihre Getreidevorräte zu niedrig angegeben haben, kommt wohl nicht oft vor. In Haagen in Nord-Dithmarschen ist das der Fall. In einer Verhandlung der Kieler Ferienstrafkammer gegen den Landmann und Gastwirt Johann Ahrenboog aus Haagen, der sich verantworten mußte, weil er zu wenig Getreide angegeben hatte, erklärte der Staatsanwalt, fast die gesamten Bewohner des Dorfes, mit dem Gemeindevorsteher an der Spitze, seien unter Anklage gestellt worden, weil sich herausgestellt hätte, daß sie alle ihre Getreidebestände zu niedrig angegeben hätten. A. wurde zu 75 M. Geldstrafe verurteilt.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. (Ehne Verbindlichkeit.) Montag, den 9. August 1916. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg, Cöhenfleisch Ia 110—122, do. IIa 95—110, do. IIIa 90—95; Kälberfleisch Ia 100—110, do. IIa 85—100; Rind, fett 85—100, do. mager 78—85, do. dänische 60—60, Preiser 80—90, Preiser, hal. 60—60, do. dänische, 60—60; Rind, häutige, 60—60, Rindfleisch, Doppelender 145—165; Rindfleisch Ia 125—135, do. IIa 105—119, Rindfleisch ger. 80—100, do. dän. 80—90. Hammelfleisch: Hammelfleisch 130—138; Hammel Ia 125—129, do. IIa 115—124; Schaf 115—125; hal. 95—100; dän. 60/60. Schweinefleisch: Schweine, fettes 60—60, sonstige 145—170, dän. Schweine 140—150, do. häutige 140—150, do. holländische 150—158. Gemüße, inländische: Kartoffeln, Nieren 50 kg 7—7,50, weiße Rüberröten 6,00—7,00, Rüberröten, Blane 7,00—8,00. Sellerie, Schod 3,00—8,00. Porree, Schod 1,25—1,50; Spinat 50 kg 12,00—14,00; Meerrettich, Schod 6,00—10,00; Petersilienmangel, Schod 4,00—6,00; Radishes, Schod 1,25—1,50; Knoblauch, beifiger 100 Bund 8,50. Tomaten, Gorgatter 50 kg 30,00—35,00. Perlmuscheln, 50 kg 50,00—75,00. Zwischeln, neue 50 kg 14,00—18,00. Steinpilze, 50 kg 30,00—45,00. Pfefferlinge, 50 kg 55,00—60,00. Salat, Schod 2,00 bis 4,50. Rettiche, bayerische, 100 Stück 10—15, do. beifige, Schod 2—3. Kohlrabi, Schod 0,80—1,50. Schoten, beifige, 50 kg 35,00—40,00. Mohrrüben, Schod 3,00—4,00, do. 50 kg 8,00—9,00. Weißkohl, Schod 7,00—16,00; do. 50 kg 5,00—6,00. Kohlkohl, Schod 8,00—16,00; do. 50 kg 8,00—9,00. Kürbiskohl, Schod 8,00—10,00. Kohlraben, Schod 4,00—8,00. Grüne Bohnen, 50 kg 10,00—23,00; Wuhbohnen 50 kg 10,00—12,00; Bohnschoten 50 kg 20—30. Spargeln Schod 15—18. Einlegegurken Schod 2,50—3. Döh und Süßkräuter: Kürchen, laure 50 kg 16,00 bis 28,00, do. Rallen 50 kg 30—40. Kapsel, Amerikaner, Ralle 00—60, Tiroer 50 kg 20—40, hiel 50 kg 8—12. Birnen, Tiroer 50 kg 30—40, hiel 6—12. Pfäumen, beifige 50 kg 16—24, ungar. 50 kg 4—10. Röhler 50 kg 14—18. Pfirsiche, beifige 50 kg 40—80. Stachelbeeren, reife 50 kg 15—25. Johannisbeeren 50 kg 15—23. Blaubeeren 50 kg 18—26. Himbeeren 50 kg 40—50. Äpfeln: Ruffina 300 Stück 26—32, do. 350 Stück 23—29, do. 150 Stück 12—14, do. 50 Stück 12—15, do. 160 bis 200 Riffe 18—19, Marica 200 Riffe 10—16, do. 300 Riffe 12—18, do. 300 kg 20—25.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwochmittag. In den Tagesstunden mäßig warm. Im allgemeinen bemöht mit weitverbreiteten, im Küstengebiet zum Teil starken, weiter binnenwärts schwächeren Regenschauern.